

Inhalt

Top-Thema

Billiges Erdgas: Anbieterwechsel spart Hunderte Euro	3
--	---

Börsenwoche

Interview mit Crash-Prophet Leuschel: "Ich erwarte Hyperinflation und einen Anleihecrash"	5
Börsenkommentar: "Eine Spekulation, die nicht schiefgehen kann"	8
Ausblick: Die wichtigsten Termine	9
Dax-Wochenrückblick: Konjunkturpessimismus treibt Blüten.....	10

Aktien

Börsenwissen: Wie verzwickte Aufträge abgewickelt werden	12
Elektronikhersteller: Philips tritt aus dem Schatten ins Licht.....	13
Chiphersteller: Intel dominiert einen Wachstumsmarkt.....	15
Empfehlung: Avatar lässt News Corp jubeln	17
News aus New York: Hoffen auf den Superbowl	18

Fonds

High Yield-Bond-Fonds: Anleger ignorieren Risiken bei Ramschanleihen	20
Hedge-Fonds-Skandal: Anleger geben Kiener-Geld verloren	22
Empfehlung: Sechs Prozent Ausschüttung angepeilt	23
ETFs: Anleger greifen zu Branchenindexfonds	24

Zertifikate

Schlechte Anlageberatung: 100 Euro investiert - 2,62 Euro ausgezahlt	25
Exotische Papiere: Wie Power-Optionsscheine funktionieren	26
Dividendenpapiere: Wetten auf höhere Ausschüttungen	28
Nachhaltigkeit: Was grüne Zertifikate taugen.....	29

Banken & Zinsen

Tagesgeld: Ethikbank lockt mit 2,5 Prozent Zinsen	31
Bankenwebseiten-Rating: Postbank siegt zum dritten Mal	32
Geldautomaten: Warum Fremdgehen nicht teuer sein muss.....	33
Zinsticker	34

Vorsorge & Versicherungen

Lebensversicherung: Garantieverzinsung bleibt auch 2011 konstant.....	36
Quotenregelung: Versicherer zahlt auch bei Schussligkeit.....	37
Urteil: Policen dürfen früher gekündigt werden.....	38
Riester-Rente: Weniger Riestersparer setzen auf Fonds	38
Immobilien	
Immobilienmarkt: Ökonomen sehen keine Wohnungsnot	40
Shoppingcenter: Konsumtempel-Boom hält an	41
Umfrage: Deutsche wissen wenig über Hauspreise	42
Aktuelle Konditionen: Baugeld	43
Steuern & Recht	
Interview: "Die Bevölkerung soll verunsichert und zur Selbstanzeige gebracht werden"	45
Finanzhaie: BGH prüft Mitschuld von Online-Brokern bei Betrug	46
Abgeltungsteuer: Fiskus streicht Privileg für Discounter	47
Steuererklärung: Verlorener Heimvorteil für Anleger	48
Einigung ohne Richter: Rechtsschutzversicherer zahlen Schlichter.....	51
Urteilsticker: Ihr gutes Recht.....	53
Exit	
IT-Modernisierung: Wie die Citibank eine Herkulesaufgabe angeht	55
Buchverlosung: Kompass für den Web-Dschungel	57

Billiges Erdgas: Anbieterwechsel spart Hunderte Euro



Weil der Bedarf der Unternehmen deutlich gesunken ist, gibt es das Gas für Privatverbraucher jetzt billiger: Wettbewerber verlangen rund ein Viertel weniger als die Stadtwerke beim günstigsten Tarif. Capital zeigt die besten Anbieter und was bei einem Wechsel zu beachten ist.

Für ein typisches gasbeheiztes Einfamilienhaus berechnen die örtlichen Grundversorger 1193 Euro pro Jahr. Der jeweils billigste Anbieter dagegen nur 910 Euro - fast 300 Euro weniger. Diese bundesdeutschen Durchschnittswerte berechnete das Vergleichsportale Verivox für einen Haushalt, der 20.000 Kilowattstunden Gas verbraucht - so wie viele Familien. Vielfach lässt sich im Beispielfall noch mehr sparen: Zum Beispiel in Kiel 351 Euro, in Konstanz 360 Euro, in Hannover 400 Euro oder in Leipzig sogar 435 Euro.

Gegen den Grundversorger, der das örtliche Gasnetz betreibt, treten zum Beispiel andere Stadtwerke an, die außerhalb ihres Stammgebiets zusätzliche Kunden suchen - oder im Zuge der Liberalisierung neu gegründete Anbieter. Mittlerweile sind das gut 20 Firmen.

Das Dilemma der Etablierten

Dass gerade sie oft besonders günstige Preise offerieren, kann Professor Claudia Kemfert, Leiterin Energie beim Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin, erklären: "Die Newcomer kaufen das Gas derzeit an den Energiebörsen, etwa in Leipzig, günstiger ein, als es die etablierten Versorger aufgrund ihrer langfristigen Verträge beziehen."

Das Dilemma der Etablierten: Ihr Bezugspreis orientiert sich an den Ölnotierungen. Zudem haben sich die großen Importeure und die mit ihnen verbundenen Stadtwerke verpflichtet, den Fördergesellschaften Mindestmengen abzunehmen. "Doch soviel lässt sich bei den Endverbrauchern kaum absetzen, seit die Industrie in der Wirtschaftskrise ihren Verbrauch gedrosselt hat. Also bieten sie die Überschüsse an der Börse an, der Kurs fällt", berichtet Kemfert: "Trotzdem muss der Branchenprimus Eon-Ruhrgas noch Entschädigung in Millionenhöhe an die russische Gazprom zahlen, weil er ihr 2009 zu wenig Gas abgenommen hat."


Die neuen Versorger halten nicht nur die Kosten des Gaseinkaufs niedrig, sondern auch die der Verwaltung. Statt monatlicher Abschlagszahlung sehen einige Tarife Vorauszahlungen bis zu einem Jahr sowie eine Kautions vor. Der eingangs genannte durchschnittliche Preisvorteil von fast 300 Euro berücksichtigt solche Tarife mit Vorkasse. Oft gibt es aber - etwa in Leipzig - das billigste Gas auch ohne Vorkasse.

Vorauszahlungen sind für Kunden problematisch, falls der Lieferant insolvent werden sollte. Ein Risiko besteht im Prinzip auch bei den üblichen, gleichbleibenden monatlichen Abschlagszahlungen. Beispiel: Wer im Frühjahr den Liefervertrag abschließt, zahlt im Sommer mehr

als es der zeitgleich gelieferten Gasmenge entspricht - ein Vorschuss für den Winter, der bei einer Pleite im Herbst verloren ginge.

Bundesnetzagentur prüft neue Anbieter

Damit es nicht soweit kommt, muss sich jeder neue Anbieter bei der Bundesnetzagentur melden. Diese prüft die Zuverlässigkeit der Geschäftsleitung sowie die wirtschaftliche und technische Leistungsfähigkeit des Unternehmens. Beschweren sich Verbraucher über einen Gasversorger, geht sie den Vorwürfen nach. Im Extremfall kann die Behörde den Betrieb untersagen.

Selbst dann würden die Kunden ohne Unterbrechung beliefert, denn der örtliche Grundversorger muss stets - zum Grundtarif - einspringen. Das ist beruhigend für alle Kunden, die den Anbieter wechseln wollen. Wie sie dabei vorgehen und welche Angebote es an ihrem Wohnort gibt, zeigt der  Capital-Vergleichsrechner. Ein Klick auf den jeweiligen Anbieternamen öffnet zudem ein Fenster mit Angaben über die Firma und die Zufriedenheit ihrer Kunden.

Stets hat der Verbraucher ein Sonderkündigungsrecht, falls der Anbieter die Preise erhöht. Etliche Versorger garantieren auch den heutigen Tarif für bis zu einem Jahr. Das ist attraktiv, falls bei einem Konjunkturaufschwung die steigende Nachfrage der Industrie das Gas verteuern sollte. Ansonsten sind kurze Mindestlaufzeiten und Kündigungsfristen ideal, denn sie ermöglichen es dem Kunden, gegebenenfalls bessere Angebote wahr zu nehmen.

Interview mit Crash-Prophet Leuschel: "Ich erwarte Hyperinflation und einen Anleihecrash"



Roland Leuschel gilt als notorischer Crash-Prophet. Der heute 72-Jährige begründete seinen Ruf, als er in den Jahren 1987 und 1989 die weltweiten Kursstürze an den Börsen vorhersagte. Und auch jetzt prognostiziert er Düsteres.

Herr Leuschel, schlafen Sie manchmal unruhig?

Seltsame Frage. Warum wollen Sie das wissen?

Manche Szenarien, die Sie in den vergangenen Jahrzehnten entwickelt haben, wirken so düster wie Alpträume.

Das mag vielleicht so erscheinen. Es handelt sich aber um alles andere als Fantasien. Ich analysiere lediglich die Lage und ziehe rationale Folgerungen daraus. Außerdem: Alle Crashes, die ich vorhergesagt habe, waren letztlich schlimmer, als ich selbst gedacht hatte. Das zeigt schon, dass es mir an negativer Fantasie fehlt.

Wir glauben trotzdem, dass Sie ein unverbesserlicher Pessimist sind.

Keineswegs. Ich bin ein Optimist, allerdings mit Erfahrung - also ein Realist. Ich galt sogar lange Zeit als ausgesprochener Haussier. Doch schon Mitte der 80er-Jahre wurde mir klar, dass es am Aktienmarkt zu Übertreibungen gekommen war. Und dann habe ich die Crashes von 1987 und 1989 richtig vorhergesagt, Letzteren übrigens in BÖRSE ONLINE.

An Ihre damalige Treffsicherheit erinnern wir uns gern. Seitdem haben Sie meist vor Aktieninvestments gewarnt, und der Dax steht dennoch um ein Vielfaches höher als damals. Haben Sie ein schlechtes Gewissen, wenn jemand wegen Ihnen falsch investiert hat?

Nein. Wer sein Vermögen selbst verwaltet, muss auch die Verantwortung dafür tragen. Und es ist auch möglich, dass man mich falsch interpretiert hat.

Wie bitte? Sie haben beispielsweise im Jahr 2004 vorhergesagt, dass der Dax auf 2200 Punkte fällt. Das ist nicht einmal annähernd eingetreten.

Aber ich hatte gleichzeitig einen Einstieg in Gold empfohlen, und wer diesem Tipp gefolgt ist, hat ein sehr gutes Geschäft gemacht. Außerdem hatte ich im Jahr 2008 geschrieben, dass sich der Dax halbieren wird. Und das ist tatsächlich eingetreten. Außerdem: Warten Sie doch ab, ob der Dax nicht tatsächlich noch auf 2000 Punkte fällt.

Roland Leuschel

gilt als notorischer Crash-Prophet. Der heute 72-Jährige begründete seinen Ruf, als er in den Jahren 1987 und 1989 die

Die Vorhersage von 2004 war aber doch eindeutig auf einen kurzen Zeitraum angelegt.

Das Timing ist natürlich immer ein Problem. Mit solchen Äußerungen will ich nur sagen: Vorsicht, es kommt noch was. Alles hat nach dem Crash von 1987 angefangen. Die richtige

weltweiten Kursstürze an den Börsen vorhersagte. Er war in den 60er-Jahren Finanzanalyst bei EIR, der ersten -

Researchgesellschaft, die europäische Aktien auf breiter Basis untersucht hat. Anschließend arbeitete Leuschel jahrzehntelang als Chefstrategie für die belgische Banque Bruxelles Lambert. Nach schweren gesundheitlichen Problemen ging er im Jahr 1995 in Pension, beschäftigt sich aber immer noch intensiv mit den Börsen. Unter anderem schreibt er Kolumnen für das Capital-Schwestermagazin "BÖRSE ONLINE" und ist Autor mehrerer Bücher.

Sein neuestes Werk "Die Inflationsfalle" - gemeinsam verfasst mit Claus Vogt, Leiter der Researchabteilung bei der Quirin Bank schoss schnell in den Bestsellerlisten nach oben. Leuschel ist verheiratet, hat vier Kinder und acht Enkel. Er lebt abwechselnd an der portugiesischen Algarve, in einem Vorort von Brüssel und im bayerischen Starnberg.

In den USA werden wir zehn Prozent Inflation überschreiten und in Europa fünf Prozent.

Aber für solche Raten ist doch der Begriff Hyperinflation unpassend. Deutsche denken bei diesem Wort an das Jahr 1923, als die Geldentwertung millionenfach so hoch war.

Fünf Prozent Inflation führen aber auch schon zu einer dramatischen Entwertung des Vermögens. **Sie schreiben in Ihrem Buch "Die Inflationsfalle", dass es zu Staatsbankrotten kommen kann. Auch in Deutschland?**

Ja, in dem Sinne, dass eine Inflation eine Art von Staatsbankrott ist. Sie entwertet die Schulden des Staates massiv. Der Staat kauft sich quasi von den Schulden frei.

Sie versetzen die Leute mit dem Inflationsszenario in Angst und Schrecken. Dabei haben wir im Moment kaum Preissteigerungen.

Reaktion wäre gewesen, eine Rezession zuzulassen, und der Markt hätte sich selbst bereinigt. Der damalige Notenbankchef Alan Greenspan hat aber alles getan, um den Crash auszubügeln. Er hat interveniert, und es wurden 20 Jahre lang Schulden auf Schulden gehäuft. Das hat das Problem immer größer werden lassen. Und nach dem Minicrash, den wir im Jahr 2008 hatten, haben wir wieder dasselbe getan. Deshalb steht uns der riesengroße Megacrash noch bevor.

Ach, wirklich?

Glauben Sie mir: Mit großer Wahrscheinlichkeit gehen wir auf einen Anleihecrash zu - also stark steigende Zinsen und damit auf einen enormen Kursverfall der Papiere. Es kann noch ein bis zwei Jahre dauern, aber ich befürchte, es geht schneller, als wir glauben.

Warum denn das?

Zum einen wegen der drastisch erhöhten Staatsverschuldung. In den USA wird 2010 das Haushaltsdefizit 9,9 Prozent betragen, das ist gigantisch. Zweitens wird der jährliche Schuldendienst drastisch expandieren. Schon jetzt liegt er in den USA bei 650 Dollar pro Kopf. Er wird schnell auf 1000 Dollar steigen.

Das klingt noch nicht sonderlich zwingend.

Der Hauptgrund ist die unverantwortliche Politik der Notenbanken, die unglaublich viel Geld in den Markt gepumpt haben. Das wird die Inflationserwartungen steigern und damit am Rentenmarkt die Zinsen.

Wie massiv könnte der Crash ausfallen?

Ich schätze, es wird einen Aufschlag von fünf Prozent in der Bondrendite geben. Das entspricht ungefähr dem Umfang des Anleihecrashes von 1993, als die Kurse um ein Drittel einbrachen. Doch wird sich die Krise nicht nur auf die Finanzmärkte beschränken. Wir werden zusätzlich eine Hyperinflation bekommen.

Da hätten wir gern konkrete Zahlen.

Es kommt darauf an, wie man Inflation definiert. Wenn man Kreditmenge plus Geldmengenzuwachs im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung nimmt, liegen wir in den USA derzeit bei 13,5 Prozent. Das würde bedeuten, dass wir Inflationsraten im selben Umfang bekommen.

Es kommt aber nicht nur auf die Geldmenge an, sondern auch auf die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes. Und die ist derzeit extrem niedrig, weil die Geschäftsbanken kaum Kredite ausgeben.

Das kann sich ganz schnell ändern. Sobald die Inflationsraten anziehen, steigt auch die Umlaufgeschwindigkeit. Das ist ein Teufelskreis, dann gerät die Sache völlig außer Kontrolle.

Was meinen Sie damit?

Da sich die Staaten dann keine weiteren Schulden leisten können, wird dramatisch gespart. Die Leute verlieren ihre Arbeit, müssen mit weniger Sozialleistungen auskommen und können sich ihr Essen nicht mehr leisten. Es wird zu Massenprotesten und zu sozialen Unruhen kommen.

Wie haben Sie sich auf den Crash vorbereitet?

Ich habe mir sehr viel Sicherheitstechnik geleistet. So gibt es in meinem Haus in Portugal eine riesige Kameraanlage, mit der ich jederzeit von jedem Punkt der Welt am Computer mein Haus sehen kann.

Und in finanzieller Hinsicht?

Mit Edelmetallen. Das war für mich persönlich die beste Vorhersage, als ich im Jahr 2004 geraten habe: Steckt 25 Prozent des liquiden Vermögens in physisches Gold. Damit habe ich pro Jahr 100 Prozent gemacht.

Haben Sie zwischendurch verkauft?

Nein, ich kaufe sogar bei kleineren Korrekturen nach. Ich mache etwas, was man streng genommen in der Portfolioverwaltung nie machen darf. Schon die 25 Prozent waren eigentlich zu viel.

Welche anderen Anlagen haben Sie momentan?

70 Prozent meines liquiden Vermögens sind in Gold und Silber investiert. Dabei ist der Anteil von Silber etwas größer als der von Gold, weil ich glaube, dass Silber immer noch billig ist und der Preis stärker steigen wird. Meine Vorräte lagern in Tresoren verschiedener Länder. Fast der komplette Rest steckt in Cash. Einiges in Schweizer Franken, das meiste in Euro, nichts in Dollar.

Leuschels Anlagegrundsätze

1. Misstrauen Sie Staat und Notenbanken.
2. Versuchen Sie herauszufinden, was die Mehrheit der Leute denkt.
3. Orientieren Sie sich daran - egal ob Sie es inhaltlich für richtig halten.
4. Crashes gehören zu den Finanzmärkten dazu - man muss sie als Chancen für den Einstieg sehen.

Sie besitzen also keine Anleihen?

Nein, allerdings Short-Papiere der Deutschen Bank auf den Gesamtmarkt (WKN: DBX&8201;0AW).

Wie sieht es mit Aktien aus?

Da bin ich langfristig ebenfalls skeptisch. Ich rechne weltweit mit einer Rezession von zehn Jahren, bis das wirtschaftliche Gleichgewicht wiederhergestellt ist - ähnlich wie es zuletzt in Japan lief. Deshalb besitze ich einige Short-Positionen in Form von Papieren der Royal Bank of Scotland auf Dax (WKN: AAO&8201;H55) und Dow Jones (WKN: AAO&8201;HLX). Zusätzlich habe ich einige ETFs, etwa von Robeco auf China (WKN: AOC&8201;AO1), um ein Gefühl für den Markt zu behalten.

Sie haben also keine einzelnen Papiere?

Einzelaktien sind derzeit kein Thema für mich, weil sie wegen der fehlenden Streuung das Risiko in meinem Portefeuille erhöhen würden. Außerdem ist mir der Aufwand, einzelne Titel herauszusuchen, zu groß.

Was ist Ihre Dax-Prognose zum Jahresende?

Es würde mich nicht wundern, wenn wir bei 4000 bis 4500 Punkten landen.

Zurück zu Ihrer aktuellen Crash-Prognose. Sie machen den amerikanischen Notenbankchef Ben Bernanke und seinen Vorgänger Alan Greenspan für einen Gutteil der Krise verantwortlich. Was würden Sie tun, wenn Sie ein Jahr lang an deren Stelle wären?

Ein Tag wäre genug. Ich würde sagen: Leute, den Crash können wir nicht mehr verhindern, ich trete zurück. Es ist das Notwendige nicht durchsetzbar, weil die Politik von der Finanzlobby beherrscht wird. Das gilt im Großen und Ganzen auch für die Europäische Zentralbank.

Was sollte getan werden?

Bernanke müsste die Zinsen drastisch erhöhen, um die ausgeuferte Geldmenge zu verkleinern und die Inflationsgefahr zu bannen. So wie es die Ausnahmeerscheinung Paul Volcker, der Vorgänger Bernankes, Anfang der 80er-Jahre getan hat. So mutige Leute gibt es aber heute nicht mehr. Wir hatten damals Zinsen von 18 Prozent. Das würde eine Zeit lang die Wirtschaft schwächen, aber hinterher wäre die Krise überwunden.

Bernanke war Mann des Jahres 2009 im "Time Magazine". Liegen die Journalisten mit dieser Auszeichnung wirklich so falsch?

Hitler, Stalin, Bernanke - alle drei haben diese Auszeichnung bekommen. Hitler im Jahr 1938, Stalin ein Jahr später. Beide haben hinterher ein ziemliches Chaos angerichtet. Das haben die Journalisten dann auch kapiert. Und ich glaube, dass sie irgendwann einmal sagen: Bernanke war verantwortlich für das Chaos, das wir demnächst sehen werden.

.....

Börsenkommentar: "Eine Spekulation, die nicht schiefgehen kann"



Die Strategie klingt einfach und erfolgsträchtig: Anleger nehmen Geld in einer niedrig verzinsten Währung wie dem Yen auf und legen es in einer anderen, höher verzinsten Währung an. Die Gewinne scheinen garantiert. Doch ganz so einfach läuft das Spiel nicht.

Ich erinnere mich noch gut daran, als ich zum ersten Mal von einer Währungsspekulation hörte, die "gar nicht schiefgehen kann". Ein Bekannter, der sich Mitte der 1990er Jahre ein Haus kaufen wollte, nahm den Kredit bei der örtlichen Sparkasse in japanischen Yen auf. Seine Idee erschien nachvollziehbar: Da der Effektivzinssatz für ein fünfjähriges Baudarlehen bei heute kaum vorstellbaren 7,2 Prozent lag, war der Bekannte auf der Suche nach einer günstigen Alternative. Und die bot der Yen. Selbst inklusive der Bankgebühren lag der Satz rund zwei Prozentpunkte unter dem (damals noch) Mark-Darlehen. Die japanische Notenbank hatte zu dieser Zeit ihren Leitzins praktisch auf Null gesenkt.

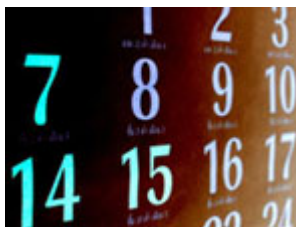
Mit dieser vermeintlich cleveren Idee war er aber nur ein Anfänger im Devisengeschäft: Auf eine noch schlaunere Idee kamen Devisenspekulanten. Sie nahmen zur gleichen Zeit ebenfalls Darlehen in Yen auf, legten das Geld aber gleich wieder an - in einer höher verzinsten Währung wie dem Dollar. Auf den ersten Blick sind diese Carry Trades ein sicheres Geschäft, dem sich nach und nach auch viele Privatanleger anschlossen. Aber eben nur auf den ersten Blick: Denn mancher Investor vergaß, dass die Währung, in der sie sich verschulden, durchaus auch aufwerten kann. Dann schwindet zuerst der Zinsvorteil. Und bei einer stärkeren Aufwertung kann das lukrative Geschäft sogar im finanziellen Desaster enden, wenn der Gegenwert des Kredits in ausländischer Währung immer weiter zunimmt.

Warum ich Ihnen das erzähle? Die Carry Trader sind wieder da. Nachdem sie sich in den vergangenen Wochen vor allem Geld in Dollar geliehen und im Australischen Dollar angelegt haben, befürchten sie nun, dass mit einer herannahenden Zinserhöhung in den USA ihr Vorteil immer kleiner wird. Das erscheint bei einem alten Bekannten weniger wahrscheinlich - und so wenden sie sich wieder dem Yen zu. Doch ist eine Yen-Aufwertung tatsächlich so unwahrscheinlich: Eine ähnliche Situation gab es 2008, als der Yen schnell um mehr als zehn Prozent aufwertete - und anschließend weiter kletterte, weil alle Spekulanten ihre Positionen auflösten und durch die gleiche Tür wollten.

Mein Rat: Lassen Sie die Finger von solchen Spekulationen. Mein Bekannter hat sein Experiment übrigens auch nach einem Jahr wieder beendet, obwohl sich die Währungen zu seinen Gunsten entwickelt hatten. Denn ruhig schlafen konnte er in dieser Zeit nicht.



Ausblick: Die wichtigsten Termine



Wichtige Wirtschafts- und Finanzmarkttermine geben Anlegern einen Überblick, worauf sie in der kommenden Börsenwoche achten sollten.

Qiagen 08.02.2010 Nach US-Börsenschluss liefert das niederländische Biotech-Unternehmen Zahlen zum vierten Quartal und für 2009. Zum ersten Mal dürfte Qiagen auf Jahressicht die Milliarden-Dollar-Grenze erreichen. Trotz der guten Nachrichten ist beim Aktienkurs derzeit wenig Luft nach oben.

Schweizer Banken 09.02.2010 Es gibt auch noch andere Themen als die Steuerdaten-CDs, wenn von Schweizer Banken die Rede ist. Am Dienstag berichtet die UBS zum vierten Quartal und damit voraussichtlich über die Rückkehr in die Gewinnzone. Am Donnerstag folgt die Credit Suisse mit ihrem Jahresergebnis. Die Aktien sind nur etwas für Mutige.

Douglas 09.02.2010 Die Hagener Handels-Holding berichtet über das erste Quartal 2009/2010. Für das traditionell wichtige Weihnachtsgeschäft rechnen Analysten mit einem Gewinn je Aktie von 2,37 Euro. Das reicht nicht, um der Aktie mehr Glanz zu verleihen.

Coca-Cola 09.02.2010 Der amerikanische Softdrinkhersteller ließ im vierten Quartal zwar wieder die Drehverschlüsse zischen, doch 0,66 Dollar Gewinn je Aktien reichen nicht für überschäumende Euphorie bei den Aktionären. Die Aktie ist bereits mit einem Aufschlag zur Konkurrenz bewertet.

BHP Billiton 10.02.2010 In Australien gibt der Rohstoffriese sein Ergebnis für das erste Halbjahr 2009/10 bekannt. Umgerechnet 0,50 Euro Gewinn sind drin. Die Aktie des weltgrößten Minenkonzerns erreicht wieder fast alte Höchststände, getrieben von einer starken Nachfragebelebung bei Eisenerz. Anleger bleiben der Aktie treu, sichern aber mit engen Stoppkursen ab.

Wirtschaftsklima Eurozone 10.02.2010 Das Münchner Ifo-Institut gibt seinen Wirtschaftsklimaindex für das erste Quartal in der Eurozone bekannt. Zuvor war es drei Mal gestiegen und hatte mit 74,6 Punkten die Tiefs hinter sich gelassen. Basis ist eine Umfrage unter 265 Wirtschaftsexperten aus Unternehmen und Institutionen.

Bilfinger Berger 11.02.2010 Das Geschäftsjahr 2009 schloss der deutsche Baukonzern nach Analystenschätzungen mit einem Gewinn je Aktie von 3,20 Euro ab. Die Aktie hat sich entsprechend im Jahresverlauf erholt – auch Dank des Wandels von Bilfinger Berger in einen Dienstleister. Hohe Erwartungen dürfen Anleger in diesem Jahr an den Börsenkurs aber nicht stellen.

Danone 11.02.2010 2009 verlief beim französischen Nahrungsmittelkonzern eher fad wie ungesüßter Joghurt. 2,61 Euro Gewinn erwarten Experten. Jedoch sind die Gewinnmargen erstklassig. An der Ankündigung des Konkurrenten Unilever, die Preise zu senken, dürfte Danone aber zu knabbern haben. Die Aktie bleibt ein solides Basisinvestment.

US-Einzelhandelsumsatz 11.02.2010 Noch im Dezember zeigten sich die amerikanischen Konsumenten zurückhaltend. Die Einzelhandelsumsätze gingen zurück, vor allem wegen rückläufiger Fahrzeugverkäufe. Die hohe Arbeitslosigkeit drückt die Kaufkraft, die zu 70 Prozent zum Bruttoinlandsprodukt beiträgt.

Thyssenkrupp 12.02.2010 Die Aktie des Stahlkonzerns ist bereits im Vorfeld der Quartalszahlen weich geworden. Dabei hatte der Vorstand auf der Hauptversammlung für fast alle Geschäftssparten ein positives Ergebnis angekündigt. Die Anfänge einer weltweiten Konjunkturerholung nutzen auch Thyssenkrupp. Mutige Anleger steigen bei Kursschwäche ein.

.....

Dax-Wochenrückblick: Konjunkturpessimismus treibt Blüten



Die Woche begann noch hoffnungsvoll. Doch dann gerieten die grassierenden Staatsschulden von Griechenland, Portugal, Spanien und Italien in den Fokus. In den USA dämpften Konjunkturzahlen die Erwartungen.

Hits - Platz 1:  MAN, Wochengewinn: +3,27 Prozent

Ferdinand Piëch sprach gegenüber der Presse über seine Pläne in punkto Nutzfahrzeugsparte. Das gab den Gerüchten über eine Komplettübernahme von MAN durch Volkswagen neue Nahrung. Der Aktie des Lkw-Bauers half dies in einem schwachen Markt auf die Sprünge.

Hits - Platz 2: 🚗 Volkswagen, Wochengewinn: +1,98 Prozent

Die Zulassungszahlen in Deutschland waren miserabel. Doch der größte deutsche Autobauer konnte seinen Marktanteil weiter ausbauen. Das Auslandsgeschäft läuft dagegen gut und stützt die heimische Produktion. Auch in China will VW weiter Gas geben.

Hits - Platz 3: 📁 SAP, Wochengewinn: +1,90 Prozent

Die Softwareschmiede hat bis zu 6,6 Millionen eigene Aktien zum Marktpreis erworben. Der Aufkauf steht im Zusammenhang mit einem Aktienoptionsprogramm für die Mitarbeiter aus dem Jahr 2002.

Hits - Platz 4: 🌿 Linde, Wochengewinn: +1,32 Prozent

Der Industriegashersteller gilt als defensiver Wert. Zudem kam durch das Gebot von Air Products für den Rivalen Airgas Fantasie auf. Im Sektor könnte es zu einer weiteren Konsolidierungsrunde kommen.

Hits - Platz 5: 🏭 Salzgitter, Wochengewinn: +0,22 Prozent

Während andere Stahlwerte schwächelten konnte Salzgitter zur Wochenmitte von positiven Analystenkommentaren profitieren. Die UBS hält den Titel für kaufenswert.

Flops - Platz 1: 🏠 Siemens, Wochenverlust: -4,75 Prozent

Der Rückgang bei den Auftragseingängen für die deutsche Industrie belastete naturgemäß auch die Siemens-Aktie. Die Sorgen um die hochverschuldeten Staaten der Euro-Zone drücken die Konjunkturerwartungen weiter.

Flops - Platz 2: 🍷 Henkel, Wochenverlust: -4,70 Prozent

Zahlen von Unilever rückten den Sektor der Konsumgüterhersteller in den Fokus. Der Wettbewerb um das Geld der Konsumenten wird schärfer. Auch wenn Wäsche immer gewaschen wird, ein Preiskampf kostet Marge.

Flops - Platz 3: 🏃 Adidas, Wochenverlust: -4,43 Prozent

Die oft beschworene Sonderkonjunktur für die Sportartikelhersteller durch die Fußballweltmeisterschaft in Südafrika dürfte schon öfter eingepreist worden sein. Doch wenn die Konjunktur hinkt, kann es auch mal nach unten gehen.

Flops - Platz 4: 🏥 Bayer, Wochenverlust: -4,26 Prozent

CEO Werner Wenning warnte zu Wochenbeginn in einem Interview davor, die besseren ökonomischen Daten in Deutschland überzubewerten. "Wir sind erst aus der Krise, wenn wir wieder mehr Beschäftigung schaffen. Es ist derzeit noch nicht möglich, von einem selbst tragenden Aufschwung zu sprechen."


Flops - Platz 5: 🏦 Commerzbank, Wochenverlust: -4,15 Prozent

Der Finanzsektor war in dieser Woche insgesamt schwach. Daran änderte auch die Bilanzvorlage der Deutschen Bank nichts. Dabei gab es eine positive Überraschung: Aus dem Besitz der Dresdner Bank wurde der "Gehende Mann" von Giacometti zum Rekordpreis von fast 75 Millionen Euro verkauft, das teuerste jemals in einer Auktion verkaufte Kunstwerk.

Börsenwissen: Wie verzwickte Aufträge abgewickelt werden



Neben den gängigen Auftragsarten gibt es noch eine ganze Reihe weniger bekannter Ordertypen, die mit Überraschungen beim Handel aufwarten können. Wir zeigen, worauf Anleger achten müssen.

Privatanleger erleben immer wieder Überraschungen, wenn sie Wertpapiere an der Börse kaufen oder verkaufen wollen. Kleininvestor Ulrich L. etwa kam öfters nicht zum Zuge, als er sich Aktien ins Depot holen oder Papiere abstoßen wollte. So stellte er Aktien von  Celesio zum Kurs von 18,465 Euro an der Börse zum Verkauf. Aber ein anderer Marktteilnehmer erhielt ganz knapp unter dem Gebot von L. für 18,464 Euro den Zuschlag. "Das darf einfach nicht sein", klagt Anleger L., der auf seinen Papieren sitzen blieb. "Es muss Chancengleichheit her."

Was Privatanleger L. nicht wusste: Ihm kam ein anderer Marktteilnehmer in die Quere, der sich einer besonderen Ordervariante bedient hatte: Xetra Best. Diese Aufträge tauchen nicht im Xetra-Orderbuch auf, in dem eigentlich die besten Kauf- und Verkaufsangebote zu jedem Wert aufgelistet sind.

Das Beispiel zeigt, welche Fallen für Privatanleger beim Börsenhandel lauern. Denn neben den gängigen Auftragsarten gibt es noch eine ganze Reihe weniger bekannter Ordertypen, die mit Überraschungen beim Handel aufwarten können. So müssen Anleger etwa mit folgenden Auftragsarten rechnen:

Stop-Loss/-Buy

Diese Aufträge zählen zu den Klassikern. Mit einer Stop-Loss-Order bestimmt der Anleger ein Kurslimit, bei dem ein Verkaufsauftrag für das Papier ausgelöst werden soll. So kann der Anleger Kursverluste begrenzen. Allerdings wird aus der Order ein unlimitierter Verkauf, wenn das Stop-Limit überschritten wird. Daher kann bei stark fallenden Notierungen der tatsächliche Verkaufspreis noch deutlich unter dem gesetzten Limit liegen. Das Gleiche gilt umgekehrt für Stop-Buy-Aufträge.

Stop-Limit-Orders

Eine Weiterentwicklung von gewöhnlichen Stop-Orders sind Stop-Limit-Orders. Mit dieser Variante können Anleger neben dem Stop-Loss-Limit eine weitere Grenze einziehen. Diese gilt, sobald das Stop-Limit erreicht ist. Wird der vorgegebene Stop-Kurs markiert, wird aus dem Auftrag eine limitierte Kauf- (Stop Limit Buy) beziehungsweise eine limitierte Verkaufsauftrag (Stop Limit Loss).

Market-to-Limit-Orders

Dies sind unlimitierte Aufträge, die zum besten Kurs ausgeführt werden sollen. Sie können nur abgegeben werden, wenn auf der anderen Seite ausschließlich limitierte Aufträge vorliegen. Wenn

nur ein Teil der Market-to-Limit-Order ausgeführt werden kann, wandert der Rest mit dem Kurs als Limit ins Orderbuch, zu dem die Teilausführung erfolgte.

Midpoint-Orders

Ziel der Midpoint-Order ist die Ausführung zum Mittelkurs der aktuellen Spanne zwischen Geld- und Briefkurs. Sie werden nur gegen andere Midpoint-Orders gestellt und auf Xetra nicht gegen andere Aufträge im Orderbuch ausgeführt. Die Aufträge können limitiert werden. Im Xetra-Orderbuch sind Midpoint-Orders aber für die Marktteilnehmer nicht sichtbar.

Iceberg-Orders

Ein beliebter Orderzusatz, wenn der Auftraggeber die komplette Größe der Order nicht zeigen will. Der Kunde nennt bei der Ordererteilung neben dem Limit die Stückzahl, die als Spitze (Iceberg) angezeigt wird.

Hidden Orders

Für andere Marktteilnehmer nicht sichtbare Aufträge, die limitiert sind. Die Regeln schreiben ein großes Auftragsvolumen vor. Liegen zu einem Preis gleichzeitig sichtbare und unsichtbare Aufträge vor, werden die sichtbaren Orders bevorzugt ausgeführt.

Auktionsorders

Auktionen sollen viele Aufträge bündeln und so für Käufer wie Verkäufer einen Preis in der Mitte feststellen. Auf Xetra startet der Handel mit der Eröffnungsauktion und endet mit der Schlussauktion. Auch im Laufe des Handelstags werden immer wieder Auktionen abgehalten. Abgerechnet wird zu dem Kurs, bei dem die größte Stückzahl an Käufen und Verkäufen zusammengeführt werden kann. Anleger können teilweise Orders nur für Auktionen abgeben.

Xetra-Best-Orders

"Eine Xetra-Best-Order wird außerhalb des Xetra-Orderbuchs von einem Best Executor ausgeführt", erklärt Torsten Baar von der Deutschen Börse. Best Executors sind quasi Mittelsmänner. Sie führen Kundenaufträge mindestens um 0,1 Cent besser aus als zum in dem Moment gültigen Xetra-Preis. Bei dieser Orderart landet der ursprüngliche Auftrag gar nicht erst im Xetra-Handelssystem, sondern wird von der Bank oder dem Onlinebroker direkt an den Best Executor geleitet.

.....


Elektronikhersteller: Philips tritt aus dem Schatten ins Licht



Der Elektronikkonzern hat das Ruder herumgerissen: 2009 schaffte es Philips wieder in die schwarzen Zahlen. Seit Monaten zeigt die Aktie stabil noch oben – und es gibt gute Gründe für eine Fortsetzung des Aufwärtstrends.

Das Schlimmste ist überstanden! Um diese Botschaft zu verstehen, brauchen Anleger die Zahlen in der aktuellen Präsentation von Philips gar nicht erst zu lesen. Schon auf den ersten 10 des 73 Seiten umfassenden Geschäftsberichts wimmelt es nur so von fröhlichen Menschen. Vor einem Jahr sah das noch anders aus: Im Dokument mit den Ergebnissen für 2008 traute sich der Elektronikkonzern erst auf Seite 35, ein lachendes Gesicht abzubilden.

Auch die nackten Zahlen belegen die Wende: Für 2009 weist der Elektronikkonzern einen Nettogewinn von 410 Millionen Euro aus, nachdem im Jahr zuvor noch ein Nettoverlust von 91 Millionen Euro zu Buche stand. Die Börsianer hatten darauf spekuliert, seit vergangenem März zeigt der Chart der Aktie stabil nach oben.

Und es gibt mehrere Argumente für eine Fortsetzung des Aufwärtstrends. Mit  Philips holen sich Anleger einen strategisch gut aufgestellten und markenstarken Konzern in das Depot.

Konzernchef Gerard Kleisterlee, seit April 2001 im Amt, machte aus einem Gemischtwarenladen mit sieben Sparten einen Konzern mit drei in etwa gleich großen Bereichen: Consumer Lifestyle mit Haushalts- und Unterhaltungselektronik, die Lichttechnik sowie die Gesundheitssparte, die die Diagnosegeräte umfasst.

Im Transformationsprozess bewies sich Kleisterlee auch als harter Sanierer. 2008 nahm er sich vor, die Fixkosten bis 2010 um 700 Millionen Euro zu stutzen. Vor allem bei der Unterhaltungselektronik setzte Philips den Rotstift an und sparte im vergangenen Jahr 200 Millionen Euro ein. Mit Wirkung: Die Sparte verdient wieder Geld, obwohl die Krise die Kauflaune der Verbraucher getrübt hat.

"Wir glauben, dass Philips immer mehr ein thematisches Investment ist als eine Restrukturierungsstory", so Simon Smith, Analyst bei der Credit Suisse. Als Wachstumstreiber sieht er die LED-Lichttechnik, die vielfältig genutzt werden kann: zur Beleuchtung von Räumen, für Werbetafeln oder die Bestrahlung von Fassaden. Die Nachfrage ist enorm: Die Philips-Tochter Lumileds verbuchte im vierten Quartal ein Umsatzplus von zwei Dritteln. Eigentlich weist der Konzern keine Margen für Einzelprodukte aus. Bei einer Analystenkonferenz machte Finanzchef Pierre-Jean Sivignon kürzlich aber eine Ausnahme und sprach für die LED-Produkte von einem hohen zweistelligen Wert.

Fortschritte macht Philips auch im Gesundheitsbereich. Gemessen am bereinigten Ergebnis vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen (Ebitda) schaffte die Sparte von September bis Dezember 2009 eine Marge von 20 Prozent. "Damit ist Philips auf einem guten Weg, die Lücke zu den Wettbewerbern General Electric und Siemens zu schließen", stellt Sal.-Oppenheim-Analyst Jürgen Wagner fest. Er sieht generell eine Wandlung des Konzerns hin zu einem Medizintechnikanbieter, was Philips einen defensiveren Charakter gebe. Wagner rät auch deswegen zum Kauf der Aktie und taxiert den fairen Wert auf 25 Euro. Credit-Suisse-Analyst Smith setzt sein Zwölfmonatskursziel sogar auf 28 Euro.

In ihren Kalkulationen gehen beide davon aus, dass Philips 2010 seinen Umsatz wieder erhöhen kann. Und genau darin liegt eines der Risiken in dem positiven Szenario. Schließlich schaffte das Unternehmen Ende 2009 gerade einmal stabile Erlöse. Zuvor war der Umsatz fünf Quartale in Folge geschrumpft, im Schnitt um mehr als ein Zehntel. Angesichts der Bewertung braucht Philips Wachstum. Auf Basis der Konsensschätzung für 2010 liegt das Kurs-Gewinn-Verhältnis bei knapp 18. Die zum Teil vergleichbare Siemens-Aktie bringt es auf einen Wert von gut 15. Hinzu kommt, dass Philips den Gewinn mehr als verdoppeln muss, um die Markterwartung zu erreichen. Noch

traut sich Gerard Kleisterlee nicht einmal eine Prognose für das laufende Jahr zu. Ein Umstand, der nicht nur ein Risiko, sondern gleichwohl eine Chance bedeutet.

Finanzkennzahlen Philips

Geschäftsjahr	Dez 09	12/2010	12/2011
Umsatz	23,19 Mrd. €	23,91 Mrd. €	24,96 Mrd. €
Umsatzveränderung	- 12,1 %	3,10%	4,40%
Betriebsergebnis	0,61 Mrd. €	1,66 Mrd. €	2,03 Mrd. €
Operative Marge	2,60%	6,90%	8,10%
Gewinn pro Aktie ²	0,44 €	1,06 €	1,44 €
KGV	47	17,7	13,6
Dividendenrendite	3,40%	3,30%	3,40%

1) Prognose; 2) nach GAAP; Quelle: Bloomberg

Wolfgang Hagl ist freier Autor der Gruner + Jahr Wirtschaftsmedien.

Chiphersteller: Intel dominiert einen Wachstumsmarkt



Intel profitiert vom steigenden Computerabsatz. Für Unruhe sorgt die amerikanische Wettbewerbsaufsicht: Das Risiko einer hohen Geldstrafe fürchten Investoren jedoch weniger als ein Kartellverfahren.

Das lässt sich nicht toppen: So dachten wohl viele Börsianer, nachdem Intel mit seinem Ergebnis für das vierte Quartal 2009 die Prognosen weit hinter sich gelassen hatte. Seit Bekanntgabe der Zahlen am 14. Januar rutschte die Aktie um rund sieben Prozent ab, obwohl der weltgrößte Chiphersteller stark wächst. Der Umsatz zog im Schlussquartal 2009 um 28 Prozent an, das operative Ergebnis sogar um 62 Prozent auf 2,5 Milliarden Dollar (1,8 Milliarden Euro) .

Dass es so gut läuft, verdankt der Konzern dem boomenden PC-Markt. Weltweit stiegen die Auslieferungen von Computerprozessoren nach Angaben der Marktforscher von IDC im vierten Quartal 31 Prozent, wobei Intel mit einem Anteil von vier Fünfteln den Markt beherrscht. Experten rechnen für 2010 mit weiterem Wachstum.

Avi Cohen vom US-Brokerhaus Avian Securities veranschlagt ein Plus von 13 bis 15 Prozent. Trotz der guten Aussichten ist die Intel-Aktie nicht gerade wie ein Wachstumstitel bewertet. Auf Basis der Schätzungen für 2010 kostet das Papier aktuell das 12,2-Fache des Gewinns, was einem Abschlag von 15 Prozent gegenüber dem breiten Markt entspricht.

"Intel ist nach unserer Meinung derzeit sehr attraktiv bewertet", urteilt Bill Nygren, Portfoliomanager beim amerikanischen Oakmark Fund. Analyst Uche Orji von UBS Securities pflichtet ihm bei und gibt als Kursziel 30 Dollar aus. Damit ist er deutlich optimistischer als die Masse der Experten, die der Aktie im Schnitt einen fairen Wert von 26 Dollar zubilligen. Das entspricht aber noch einem Aufschlag von rund 25 Prozent zum aktuellen Kurs.

Futter für die Pessimisten liefert dagegen Craig Berger von FBR Research. Er verweist auf die gestiegenen Lagerbestände, die das Management mit einer Rückkehr zu normaleren Verhältnissen nach dem Geschäftseinbruch begründet. Laut Berger lässt sich das auch anders interpretieren: "Mit dem neuerlich geplanten internen Lageraufbau im ersten Quartal könnten die Bären sagen, das ist der Anfang vom Ende des Zyklus bei Intel."

Anleger fürchten Kartellverfahren

Auch gibt er zu bedenken, dass die für 2010 angepeilte mittlere Rohertragsmarge von 61 Prozent deutlich unter dem im vierten Quartal 2009 erreichten Rekordwert von 65 Prozent liege. Diese Kennziffer, die die Relation von Herstellungskosten und Umsatz abbildet, gilt in der Halbleiterbranche als wichtiges Indiz für die Profitabilität und beeinflusst den Aktienkurs maßgeblich.

Möglicherweise fürchten die Anleger aber auch die Kartellbehörden. Neben den 1,25 Milliarden Dollar, die Intel Ende 2009 im Zuge eines Rechtsstreits an den Konkurrenten AMD leisten musste, hat die Europäische Kommission schon im Mai 2009 eine Strafe von gut 1 Milliarden Euro wegen Wettbewerbsbehinderung verhängt, die Intel bislang nicht akzeptiert. Im Dezember trat auch die amerikanische Wettbewerbsaufsicht Federal Trade Commission (FTC) auf den Plan. Sie wirft dem Konzern einen Missbrauch seiner marktbeherrschenden Stellung vor.

Offensive bei mobilen Internetgeräten

Dabei schreckt die Investoren weniger das Risiko einer hohen Geldstrafe. Die könnte das Unternehmen mit einem Liquiditätspolster von 9,2 Milliarden Dollar locker schultern. Vielmehr könnte die FTC versuchen, die Marktmacht des Konzerns zu beschneiden. Selbst wenn ihr das gelänge, dürfte sich ein Kartellverfahren noch lange hinziehen.

Für mittelfristig orientierte Anleger sind daher die zu erwartenden Neuerungen von größerem Interesse. Intel will vor allem seine Offensive im boomenden Markt der Netbooks und mobilen Internetgeräte verstärken. Zudem soll Ende 2010 ein neuer Chip auf den Markt kommen, der die Grafikeinheit integriert und noch schnellere Multimediaanwendungen ermöglicht.

Damit stehen die Voraussetzungen gut, dass sich Intel die Konkurrenz erfolgreich vom Leib hält. Es spricht somit einiges dafür, dass den Aktionären durchaus noch bessere Zeiten bevorstehen.

.....

Empfehlung: Avatar lässt News Corp jubeln



Der US-Medienriese News Corp hat glänzende Zahlen vorgelegt. Neben dem boomenden Filmgeschäft erfreuten sich die Fernseh- und Nachrichtensparten steigender Anzeigenerlöse. Das Beste steht aber erst noch bevor.

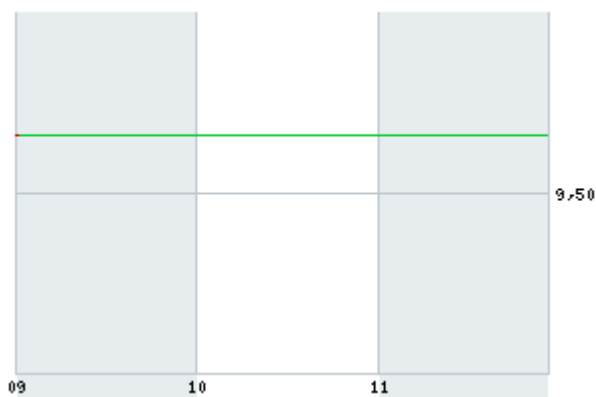
Im zweiten Quartal des Geschäftsjahres 2009/10, das im Dezember endete, steigerte der US-Medienriese den Umsatz um zehn Prozent auf 8,68 Milliarden Dollar. Das lag ebenso über den Erwartungen der Analysten wie der um Sondereffekte bereinigte Gewinn je Aktie, der um 0,10 Dollar auf 0,25 Dollar gestiegen ist.

Seit dem Kinostart am 18. Dezember bis zum vergangenen Wochenende hat "Avatar" in Kinos mehr als zwei Milliarden Dollar eingespielt. Damit hat er die ehemalige Nummer eins "Titanic" abgelöst. Davon flossen im abgelaufenen Quartal 283,6 Millionen Dollar an News Corp, deren Tochter Twentieth Century Fox den Film produziert hat.

Neben dem boomenden Filmgeschäft erfreute sich die Sparte Kabelfernsehen um den Sender Fox News steigender Werbeeinnahmen. Das Selbe gilt für den Zeitungsbereich mit dem Wall Street Journal.

NEWS CORP. REGISTERED SHARES A DL -,01

- 1 Tag
- 1 Monat



Vorstandschef Rupert Murdoch war auf der Analystenkonferenz sehr optimistisch. Er hat die Dividende für das abgelaufene Quartal um 25 Prozent erhöht. Zudem schraubte er die Prognose für das Gesamtjahr nach oben. Der Gewinn soll im unteren 20-Prozent-Bereich steigen. Rund 60 Prozent der Profite von "Avatar" sollen News Corp im dritten und vierten Quartal des laufenden Geschäftsjahres zufließen. Derzeit verhandelt der Konzern mit James Cameron über eine Fortsetzung von "Avatar". Allerdings gebe es noch keine Übereinkunft.

Die Aktie sollte in den nächsten Monaten weiter von der "Avatar"-Euphorie profitieren. Investoren setzen zudem darauf, dass es Rupert Murdoch gelingt, Internetnutzer dazu zu bewegen, für Inhalte künftig zu bezahlen.

Steckbrief News Corp

Risiko	mittel
WKN	AoDLJU
Aktueller Kurs	9,70 €
Kurs Erscheinungstag	9,70 €
Ziel	11,50 €
Stopp	8,25 €
Veränd. z. Vortag	6,71%



News aus New York: Hoffen auf den Superbowl




Der Wind weht rauer an den Börsen. Der S&P 500 fiel vom Hoch am 19. Januar bis Anfang Februar um sieben Prozent. Schlechte Arbeitsmarktzahlen in den USA und Sorgen vor einer Schuldenkrise in Spanien oder Portugal drücken die Kurse. Doch alles wird gut - sagt zumindest der Superbowlindikator.

Nach einer Rallye von 65 Prozent vom März 2009 ist allerdings eine Korrektur mehr als überfällig. Und 2010 muss kein schlechtes Börsenjahr werden. Auch 2009 fing das Jahr miserabel an, um dann deutlich im Plus zu landen. So wird es auch 2010 kommen - wenn man dem Superbowlindikator glaubt.

Am Sonntag spielen die Colts aus Indianapolis und die Saints aus New Orleans um den Meistertitel im Football. Ganz Amerika schart sich um den Fernseher, um Bier zu trinken, Chips zu essen und Werbung zu gucken. Während das Spiel im Schnitt gut drei Stunden dauert, beläuft sich die wahre Spielzeit auf nur insgesamt elf Minuten, wie das Wall Street Journal errechnete. Der Rest? Eine Stunde lang läuft Werbung, 67 Minuten stehen die Spieler herum und 17 Minuten entfallen auf Wiederholungen von Spielszenen. Eine der erstaunlichsten Ergebnisse: Cheerleader sind nur wenige Sekunden zu sehen.

Egal, wer am Sonntag gewinnt: Die Finalpaarung ist ein gutes Zeichen für die Börse. Laut dem Superbowlindikator steigen die Kurse zum Jahresende, wenn eine Mannschaft aus der National Football League und nicht von der American Football League gewinnt. Beide Teams sind aus der

Liga. Wer jetzt am Zusammenhang von Football und Aktien zweifelt, der sollte sich die Statistik anschauen. Der Indikator behielt in 79 Prozent der Fälle recht.

Finanzprofessor George Kester von der Washington and Lee University in Virginia rechnet das besonders genau nach. Danach erzielte man mit dem Indikator ein Plus, das über den vergangenen 43 Jahre doppelt so hoch wie das vom  S&P 500 gelegen hätte. "Viele Fondsmanager werden da neidisch", sagt Kester.

High Yield-Bond-Fonds: Anleger ignorieren Risiken bei Ramschanleihen



Die Kurse für Ramschanleihen von Firmen sind gestiegen. Trotzdem greifen Anleger bei diesen Produkten immer noch kräftig zu. Doch die hohen Renditen sind nicht risikofrei. Der Markt wird zunehmend volatil.

Im vergangenen Jahr haben Ramschanleihen Anlegern rekordverdächtige Renditen beschert. Teils mehr als 70 Prozent haben die Kurse der Anleihen von Unternehmen mit Ratingnoten jenseits des Investmentgrade-Status zugelegt. Für Fondsmanager Klaus-Michael Menz ist die Sache klar: "Die Differenz der Hochzinsfirmenanleihen zu anderen Bonds ist mittlerweile eng geworden, auch im langfristigen historischen Vergleich", sagt der Spezialist für solche Papiere bei HSBC Trinkaus. Obwohl die Luft für weitere Kurssteigerungen damit dünn ist, ist Menz stark in Anleihen mit Ratingnoten von "BB" und schlechter investiert. Der Grund: "Es gibt noch immer eine starke Nachfrage nach den Anleihen." Das halte die Kurse hoch.

Ein Beleg dafür sei das große Interesse an neuen Ramschanleihen. Hier mischen immer wieder auch Privatanleger mit. Zum Beispiel im Januar bei der Emission einer Anleihe von Fresenius, die Anlegern Zeichnungsgewinne von fünf bis sechs Prozent bescherte. "Das liegt sicherlich auch an dem bekannten Namen des Unternehmens hierzulande", sagt Menz.

Mit dem Nachfrageüberhang könnte es aber bald vorbei sein. Weitere Neuemissionen dürften Druck auf die Märkte ausüben. Beobachter rechnen bei Anleihen mit einem Rekordjahr. Allein im Euro-Raum könnten neue Schuldverschreibungen im Gesamtvolumen von 30 bis 50 Milliarden Euro auf den Markt kommen. Zum Vergleich: Selbst im wirtschaftlich starken Jahr 2006 sammelten Firmen am Anleihemarkt nicht mehr als etwa 30 Milliarden Euro über Neuemissionen ein: "Und damals war die Welt noch in Ordnung", sagt Menz. Zudem bekommen die Unternehmen auch noch die Konkurrenz von Staaten zu spüren, die ebenfalls massiv neue Anleihen emittieren, um ihre Neuverschuldung zu finanzieren.

Bislang jedenfalls kann Anleger nichts von den Papieren abhalten. Auch nicht die hohen Ausfallraten der Unternehmen: Immerhin sind in den vergangenen zwölf Monaten laut Ratingagentur Moody's zwölf Prozent der von ihr weltweit gerateten Unternehmen pleitegegangen. Zum Vergleich: Vor der Krise lag der Wert bei rund ein bis zwei Prozent pro Jahr. Kommt es zu einer Stabilisierung der Konjunktur, dürften auch die Ausfallraten wieder sinken. "Im Laufe der kommenden sechs bis zwölf Monate könnte die Ausfallrate auf fünf Prozent und weniger fallen", sagt Menz. "Dann würden die Kurse der High-Yield-Bonds noch einmal steigen."

Vorerst setzt der Fondsmanager auf das sogenannte Momentum, also den noch immer intakten allgemeinen Markttrend: "Die Stimmung für die Papiere ist gut, das dürfte noch zwei bis drei Monate so bleiben." Menz rechnet allerdings damit, dass die Kurse danach schwächeln. "Die Entwicklung der High-Yield-Corporate-Bonds hängt derzeit vor allem von der Konjunkturentwicklung ab", erklärt der Fondsmanager. Und die sei noch sehr wackelig.

Ausgewählte High-Yield-Bond-Fonds

Fonds	ISIN	Performance in % für 1 Jahr	Performance in % für 3 Jahre	Agio in %	Gebühren in %
Fidelity Europ. H. Y.	LU0110060430	66,8	4,66	5,25	1,5
Pimco GIS Global	IE00B11XZ327	33,8	3,94	5	1,45
Robeco High Yield	LU0085136942	47,28	3,18	3	1
Threadneedle Europ. High Yield	GB0002363447	52,68	3,86	5	1,25
HSBC GIF Euro High	LU0165128348	54,77	4,46	5,54	1,2

p.a.; Stand: 28.01.2010; Quelle: Emittentenangaben, Morningstar

Risiken für Anleger

Die Zinsen, die diese Papiere abwerfen, bewegen sich derzeit bei rund neun Prozent. Für die Gesamtrendite aus Kursverlauf und Zins rechnet Menz mit sieben bis neun Prozent. Die Märkte könnten allerdings auch regelrecht einbrechen. Ein wichtiger Faktor sind mögliche Zinserhöhungen der Zentralbanken. Die könnten eine weitere Erholung der Konjunktur abwürgen: "Wenn die Europäische Zentralbank wegen Inflationsängsten die Zinsen anhebt, besteht die Gefahr, dass die Kurse in wenigen Tagen um fünf bis sechs Prozent ins Minus rutschen", sagt Menz. Wenn dann auch noch die Ausfallraten weiter steigen, könnte das die Unternehmensanleihen stark unter Druck bringen. Einen kleinen Vorgeschmack auf ein solches Szenario bekamen Anleger nach der Herabstufung der Kreditwürdigkeit Griechenlands Anfang Dezember zu spüren. Damals gaben Unternehmensanleihen auf einen Schlag um zwei bis drei Prozent nach. "Wegen der starken Erholung im vergangenen Jahr ist der Markt nervös", sagt Roman Gaiser, der den Fonds European High Yield Bond von Threadneedle managt. Stabilisierend wirke nur die hohe Nachfrage.

Die große Frage ist daher, wie lang das noch so bleibt. Vor allem aber, was passiert, wenn den Anlegern der Boden unter den Füßen doch zu heiß wird? HSBC-Fondsmanager Menz rechnet zwar nicht mit einem neuerlichen Absturz wie nach der Lehman-Pleite 2008, der Anlegern Rekordverluste bescherte. "Es kann aber passieren, dass die ganze Herde wieder auf einen Schlag den Ausgang sucht." Jedenfalls habe er nicht das Gefühl, dass Anleger aus der Krise viel gelernt hätten. Risiken, so Menz, seien weiterhin eine Frage der Wahrnehmung. "Und die Kapitalmärkte nehmen die vorhandenen Risiken viel zu wenig wahr." Menz will für den Fall verschärfter Abwärtsbewegungen mit Sicherungsgeschäften gegensteuern, da die Anleihen dann nur noch mit großen Abschlägen gehandelt werden. "Verkaufen kann in der Situation sehr teuer werden", warnt der Spezialist von HSBC Trinkaus.

Hedge-Fonds-Skandal: Anleger geben Kiener-Geld verloren



Zahlreiche Opfer des mutmaßlichen Anlagebetrügers Helmut Kiener haben ihre Investitionen in die Fonds K1 Invest und K1 Global offensichtlich abgeschrieben.

Bei dem Wirtschaftsprüfer Grant Thornton, der die Kiener-Fonds abwickelt, ist bisher nur ein Bruchteil der verschollenen Gelder eingegangen. "Es sind nur je 30 Millionen Dollar Forderungen angemeldet worden", sagte Daniel Fischer von der Kanzlei Fischer & Partner. Dabei habe Kiener in den vergangenen Jahren je rund 300 Millionen Dollar in K1 Invest und in K1 Global eingesammelt.



An der ersten Gläubigerversammlung auf den Britischen Jungferninseln in der Karibik nahmen am Montag lediglich vier Gläubigervertreter teil. Diese Zahl nannten die beiden Anwälte Daniel Fischer und Andreas Tilp. Deren Kanzleien entsandten jeweils einen Vertreter in den Gläubigerausschuss.



Die auf den nur lax regulierten Britischen Jungferninseln domizilierten Fonds K1 Global und K1 Invest stehen im Zentrum der angeblichen Anlagestrategie des Diplom-Psychologen Helmut Kiener. Auch mindestens 16 Zertifikate und Fondspolizen führten den beiden K1-Produkten Mittel zu. Von dem Fondsskandal dürften nach Schätzungen von Anwälten mindestens 5000 Anleger sowie mehrere Banken und Versicherungen betroffen sein. Der Gesamtschaden wird auf 600 Millionen Dollar geschätzt. Kiener sitzt seit Oktober wegen des Vorwurfs des Betrugs und der Untreue in Untersuchungshaft.

Zu dem geringen Interesse an der Gläubigerversammlung passt, dass laut Anlegeranwalt Peter Mattil von der Kanzlei Mattil & Kollegen ehemalige Vermittler von Kiener-Finanzprodukten ihren Kunden nach wie vor versicherten, dass ihr Geld noch da sei.

Laut Staatsanwaltschaft Würzburg soll Kiener Investoren vorgegaukelt haben, das eingesammelte Geld nach einem selbst entwickelten System in Hedge-Fonds zu investieren. Bei diesen Fonds soll es sich aber teils um Tarnfirmen gehandelt haben, die von Kiener nahestehenden Personen gegründet wurden. Deren Zuflüsse soll Kiener nach Abzug von Gebühren wieder in sein System eingespeist und so einen betrügerischen Geldkreislauf aufgebaut haben. Grant Thornton habe den Verdacht auf ein Schneeballsystem auf der Gläubigerversammlung bestätigt, sagte Tilp.

Mögliche Hinweise auf den Verbleib von Anlegergeldern erhoffen sich Grant Thornton und die Gläubigervertreter von einer Akteneinsicht bei der Staatsanwaltschaft Würzburg und einer Befragung Kieners. Bisher sind lediglich 280.000 Euro auf zwei Konten aufgetaucht, ein Learjet und eine Immobilie in den USA.

Sollte kein Geld mehr aufzufinden sein, will Tilp zusammen mit seinem Juristenkollegen Klaus Nieding nach weiteren möglichen Geldquellen für die geschädigten Anleger suchen. Er plant dabei, auch juristisches Neuland zu betreten. "Unserer Meinung nach hat Barclays als Zertifikateemittent Überprüfungspflichten, ob das Underlying ihrer Zertifikate sicher und valide ist. Bei einem Dax-Zertifikat ist das kein Thema, sehr wohl aber bei einem Index auf Kiener-Finanzprodukte. Wir haben Informationen, dass Barclays diesen Pflichten nicht nachgekommen ist."

Die britische Barclays Bank hat mit Kiener-Zertifikaten rund 200 Millionen Euro eingesammelt, gehört jedoch selbst neben der US-Investmentbank JP Morgan und der französischen BNP Paribas zu den Kiener-Opfern, die Schäden gemeldet haben und den Finanzmanager in New York verklagen.

Anwalt Fischer setzt seinen Fokus auf die Depotbanken der K1-Fonds: "Ich bin nach der Gläubigerversammlung optimistisch, dass die Depotbanken für Pflichtverletzung haftbar gemacht werden können", sagte er. Auch die Treuhänder der Fonds sind im Visier der Anwälte sowie Kieners Rechtsanwälte, die die Prospekte für K1 mitentwickelt haben.



Empfehlung: Sechs Prozent Ausschüttung angepeilt



Ein neuer Laufzeit-Aktienfonds der DWS will mit Derivaten auf eine jährliche Rendite von sechs Prozent kommen. Das Produkt ist eine Möglichkeit für konservative Anleger, mehr als mit Zinspapieren zu erwirtschaften.

Jedes Jahr sechs Euro Ausschüttung hat sich der jüngst aufgelegte DWS Dividende Direkt 2014 vorgenommen. Der aktiv gemanagte Aktienfonds der Deutschen-Bank-Tochter investiert dazu – je nach Markteinschätzung - 70 bis 100 seines Vermögens weltweit in Substanz-Aktien, die eine hohe Dividenderendite haben. Diese wird in dem Fonds bei schätzungsweise drei bis vier Prozent liegen. Mehr darf normalerweise nicht ausgeschüttet werden.

Der Neuling lehnt sich dabei an das Konzept des DWS Top Dividende an. Timing der neuen Fonds passen zum vorsichtigen Marktausblick von DWS-Chef Klaus Kaldemorgen, der in diesem Jahr auf dividendenstarke Titel setzen will.

Eine zweite Renditequelle eröffnet sich dem Fondsmanager Jens Labusch über eine Derivatestrategie, das so genannte Covered Call Writing. Bei dieser Vorgehensweise werden Prämien aus Optionsgeschäften erzielt, die dem Fonds als Ertrag zufließen und ebenfalls an die Anleger ausgezahlt werden können. Hinsichtlich der Erträge aus Optionsgeschäften rechnet die DWS im gegenwärtigen Marktumfeld mit einem Beitrag von beachtlichen vier bis fünf Prozent pro Jahr.

Geht die Kalkulation auf, bleibt noch ein Puffer für Kurssteigerungen des Fonds. Die Kombination einer Dividendenstrategie mit Optionsgeschäften macht das Produkt zu einem defensiven Aktienfonds. Die angestrebte Ausschüttung ist einigermaßen realistisch – aber wie bei jedem Aktienfonds besteht auch bei dieser Konstruktion die Gefahr von Kursverlusten. In einem solchen Fall würde entweder die Ausschüttung niedriger ausfallen. Oder es gäbe am Laufzeitende nicht die 100 Euro pro Anteil zurück. Wie bei Aktienfonds üblich, gibt es keine Garantie für den Kapitalerhalt.

Steckbrief DWS Dividende Direkt 2014

ISIN LU0418445317

Auflage 25.01.2010

Kurs	99,46
Ausgabeaufschlag	max. 4%
Gebühr	p.a. 1,45%



ETFs: Anleger greifen zu Branchenindexfonds



Trotz fallender Börsenkurse haben Anleger Anfang 2010 viel Geld in Aktien-ETFs auf einzelne Sektoren eingezahlt. In börsennotierte Indexfonds auf die Sektoren des Stoxx 600 investierten sie im Januar weltweit unter dem Strich 204,3 Millionen US-Dollar.

Das geht aus einer Statistik des US-Vermögensverwalters Blackrock hervor. "Zu Beginn des Jahres positionieren sich die großen Vermögensverwalter neu", sagte ein Händler. "Das Performance-Wettrennen beginnt von vorn, und die frischen Risikobudgets lassen den nötigen Spielraum dafür."

Am gefragtesten waren im Januar ETFs, die den Euro Stoxx 600 Utilities abbildeten. Dieser Index enthält europäische Versorgungsunternehmen, also konjunkturunabhängige, defensive Werte. Den zweitgrößten Mittelzufluss verbuchten Fonds auf den stark konjunkturabhängigen Stoxx 600 Oil & Gas. "Defensive Werte einerseits, offensive andererseits - das zeigt, dass die Konjunkturerwartungen am Markt zurzeit weit auseinandergehen", sagte ein Händler.

Ein ebenso uneinheitliches Bild zeigte sich bei den Sektoren, die Investoren im Januar verkauften. Aus ETFs auf den Stoxx 600 Basic Resources, der Unternehmen aus der konjunkturunabhängigen Grundstoffindustrie beinhaltet, zogen Anleger am meisten Geld ab. Die zweitstärksten Abflüsse verzeichneten Fonds auf den Stoxx 600 Telecommunications, einen defensiven Sektorindex.

Schlechte Anlageberatung: 100 Euro investiert - 2,62 Euro ausgezahlt



Die Verbraucherzentrale Hamburg erhebt schwere Vorwürfe gegen die Hamburger Sparkasse. Die Bank soll ihren Kunden ein riskantes Zertifikat als sichere Anlage verkauft haben. Parallelen zu Lehman-Papieren drängen sich auf.

Noch immer schwelen einige Lehman-Prozesse, da droht der Hamburger Sparkasse (Haspa) ein weiteres Scharmützel. Mehrere Anleger haben sich an die Verbraucherzentrale Hamburg gewendet. Der Grund: Eine als sicher angepriesene Anlage war quasi wertlos geworden. Erste Entschädigungen haben bereits stattgefunden, die Verbraucherschützer pochen auf eine Regelung, die für alle Betroffenen gilt.

Parallelen zur Situation bei den Lehman-Zertifikaten gibt es einige. Wieder soll die Bank mit dem Argument der Sicherheit geworben haben und wieder sollen Risiken unter den Tisch gekehrt worden sein. Bei dem Papier handelt es sich um ein Express-Zertifikat mit zehn verschiedenen Basiswerten aus dem Dax. Das "Stars Express Zertifikat auf einen Deutschen Dividendenbasket" (ISIN CH0029405294) emittierte die UBS am 19. März 2007 zu 100 Euro (zuzüglich ein Prozent Ausgabeaufschlag), als Laufzeitende war der 13.05.2011 festgelegt. Basiswerte waren die zum Emissionszeitpunkt als dividendenstark eingestufteten Blue Chips BASF, DaimlerChrysler, Deutsche Bank, Deutsche Post, Deutsche Telekom, E.ON, Hypo Real Estate, Münchener Rück, RWE und ThyssenKrupp.

Wie bei Expresszertifikaten üblich wird einmal jährlich die Wertentwicklung der Aktien überprüft. Liegt der Kurs aller Basiswerte über ihrem Startniveau, wird das Papier vorzeitig zurückgezahlt. Ist dies nicht der Fall, verlängert sich die Laufzeit automatisch um ein weiteres Jahr. Maximal hätten Anleger am Ende 164 Euro ausgezahlt bekommen.

Fallen die Kurse dagegen, wird am Laufzeitende die Wertentwicklung des schlechtesten Titels zurückgezahlt. Größter Verlierer unter den Basiswerten war Hypo Real Estate. Zwar war die Laufzeit beim Star Express Zertifikat noch nicht beendet, doch mit der kompletten Übernahme der Hypo Real Estate durch den Bund stand der Rückzahlungswert bereits fest. Daher beschloss die UBS den Anlegern den Restwert sofort auszuzahlen und nicht bis 2011 zu warten. "Die Kündigung der Zertifikate erfolgte in Übereinstimmung mit den Zertifikatsbedingungen", erklärt Marcel Langer, Derivateexperte der UBS. Ende Oktober überwies die Emittentin den Anlegern den Restwert von 2,62 Euro.

"Kein Wort der Erklärung oder des Bedauerns über diesen völlig unerwarteten und dramatischen Verlust. Erst auf Nachfragen wurde ein Stapel Papier zur Verfügung gestellt, der die Emissionsbedingungen enthielt" sagt Gabriele Schmitz von der Verbraucherzentrale Hamburg. Die UBS kann sich wahrscheinlich schadlos halten: Die Regeln sind schwarz auf weiß dokumentiert und sowohl die Bedingungen in Kurzform als auch der Verkaufsprospekt sind auf Internetseite der UBS

zu finden. Auch die vorzeitige Rückzahlung ist nicht zu beanstanden. Die UBS hätte gemäß den Emissionsbedingungen auch noch bis 2011 damit warten können. Dann hätten die Kunden allerdings auch nicht mehr Geld bekommen.

Die Verbraucherzentrale kritisiert, dass die Berater nicht auf die Risiken der Anlage hingewiesen hätten. Die Betroffenen sollen in der Regel erfahrener sein, als die klassischen Lehman-Anleger, bei denen es sich meist um Rentner handelte, die bislang nur in Festgelder investiert hatten. Für Edda Castelló von der Verbraucherzentrale ist dies aber nicht der springende Punkt, da den Anlegern eine Sicherheit versprochen wurde, die es gar nicht gegeben habe.

Zwar mussten in der Finanzkrise auch Aktienanleger hohe Verluste einstecken, doch Zertifikate, bei denen die Höhe der Rückzahlung von der Wertentwicklung des schlechtesten Titels in einem Aktienkorb abhängt, sind riskanter als Papiere auf einen einzelnen Basiswert. Hier bleibt zu klären ob die Berater der Haspa Fehler gemacht haben. Laut Verbraucherzentrale hat sich Bank bereits mit zwei Geschädigten geeinigt. Die Anleger bekommen 50 Prozent ihres Schadens ersetzt. Die Verbraucherzentrale fordert von der Haspa eine Entschädigung für alle Kunden.



Exotische Papiere: Wie Power-Optionsscheine funktionieren



Power-Optionsscheine gehören zu den Nischenprodukten unter den Zertifikaten. Mit ihnen können Anleger ihre Gewinne potenzieren. Der große Hebel sorgt aber für starke Kursschwankungen - vor allem am Laufzeitende.

Wer die mehr als 35.000 gelisteten Derivate durchforstet, entdeckt so allerhand Nischenprodukte, die nur wenigen bekannt sind. Dazu zählen etwa die sogenannten Power-Optionsscheine, die das Online-Portal Ariva passenderweise in der Rubrik "exotische Produkte" einordnet. So schwer die Papiere zu finden sind, so gering ist auch das Angebot. Mit der Commerzbank und HSBC Trinkaus bieten lediglich zwei Emittenten insgesamt 195 dieser Produkte an, auf Basiswerte wie den Dax, TecDax, Gold und Euro/Dollar. Wie aber funktionieren die Power-Optionsscheine überhaupt?

Das Auszahlungsprofil lässt sich am Beispiel eines Long-Papiers auf den TecDax, das heißt eines Scheins, der auf steigende Kurse zielt, gut erklären. Jeder Schein ist mit einer Basis und einer Gewinngrenze, dem Cap, ausgestattet, in diesem Fall bei 700 und 750 Punkten. Entscheidend für die Höhe der Rückzahlung ist das Kursniveau des Basiswerts am Beobachtungstag. Sie ergibt sich aus dem Abstand des TecDax zum Basispreis geteilt durch zehn, wegen des Bezugsverhältnisses von eins zu zehn. Im Beispiel beträgt der Maximalbetrag somit 5 Euro.

Der Wert entspricht aber noch nicht dem Maximalgewinn. Das Besondere bei Power-Optionsscheinen ist, dass der Betrag am Ende quadriert wird. Sprich: Aus 5 Euro werden 25 Euro, sofern eben der TecDax am 18. Juni 2010 bei mindestens 750 Punkten notiert. Auf Basis des aktuellen Kurses von 20,11 Euro ergibt sich eine Rendite von rund 24 Prozent.

Aktuell steht der deutsche Technologieindex bei 820 Punkten. Für den Maximalgewinn darf er bis zum Bewertungstag daher nur um 8,5 Prozent absinken. Schon bei einem Indexstand von rund 740 Zählern rutschen Anleger ins Minus. Denn dann würde nur das Quadrat von 4 Euro, also 16 Euro, ausgezahlt.

In ihrer Struktur ähneln die Derivate somit den Capped-Optionsscheinen. Auch sie bestehen aus einem Basispreis und einem Cap. Allerdings wird bei den Papieren nur die Differenz des Basiswerts zum Basispreis ausgezahlt, ohne einen zusätzlichen Hebel. "Power-Optionsscheine reagieren wesentlich dynamischer und gewinnen gerade zum Laufzeitende an Explosivität", sagt Heiko Weyand, Zertifikateexperte von HSBC Trinkaus. Die Power-Scheine sind somit wesentlich riskanter, vor allem dann, wenn sich der Kurs des Basiswerts in den letzten Wochen der Laufzeit zwischen Basis und Cap bewegt. Der Anleger würde dann regelrecht "va banque spielen", sagt Weyand.

Power-Optionsscheine auf diverse Basiswerte

Basiswert/Typ	ISIN	Bewertungstag	Basis/Cap	maximale Rendite	Kurs
Dax-Long	DE000TB26356	17.09.2010	6000/6500	235,10%	7,46 €
TecDax-Long	DE000TB26372	18.06.2010	700/750	24,30%	20,11 €
Gold-Long	DE000TB7AJP9	21.12.2010	800 \$/900 \$	17,2 %*	61,16 €
EUR/USD-Long	DE000CM19BW8	13.04.2010	1,30 \$/1,35 \$	15,5 %*	15,52 €
EUR/USD-Short	DE000TB7AQT6	13.09.2010	1,50 \$/1,46 \$	30,1 %*	8,82 €

* *unterstellter Wechselkurs: 1 € = 1,395 \$; Quelle: Emittenten, Ariva; Stand: 2. 2. 10*

In dieser Hinsicht ist der beschriebene Power-Optionsschein auf den TecDax weniger riskant, da er noch einen kleinen Sicherheitspuffer bietet. Anders sieht es bei einem Pendant auf den Dax aus, der einen Maximalgewinn von 235 Prozent verspricht. Dazu muss der Index jedoch zum Laufzeitende des Zertifikats am 17. September dieses Jahres bei mindestens 6500 Punkten notieren - also knapp 15 Prozent über dem aktuellen Niveau.

Schafft es der Dax bis dahin nur auf 6300 Zähler, erwartet den Anleger immerhin noch eine Rendite von knapp 21 Prozent. Die Rechnung sähe dann wie folgt aus: Indexstand (6300 Punkte) minus Basis (6000 Punkte) geteilt durch 100 (Bezugsverhältnis: 0,01). Daraus ergibt sich ein Wert von 3 Euro, der auf 9 Euro potenziert wird. Aktuell kostet der Optionsschein 7,46 Euro.

Etwas komplexer sind Produkte, die Gold oder das Währungspaar Euro/Dollar als Basiswert haben. Bei ihnen bemisst sich der Auszahlungsbetrag in Dollar, muss also noch in Euro umgerechnet werden. Für die Spalte "maximale Rendite" in der Tabelle wurde ein Euro-Kurs von 1,395 Dollar zugrunde gelegt. Recht defensiv ist der Power-Schein auf Gold: Die Maximalauszahlung von 100 Dollar (71,68 Euro) gibt es schon dann, wenn der Goldpreis kurz vor Weihnachten bei mindestens 900 Dollar notiert, also rund 215 Dollar unter dem aktuellen Niveau. Der mögliche Gewinn beträgt 17 Prozent.

Auch Währungsspekulanten werden fündig. Wer etwa auf eine kurzfristige Erholung des Euro zum Dollar wetten möchte, kann zu einem Papier mit einer Basis bei 1,30 Dollar und einem Cap bei 1,35 Dollar greifen. Notiert der Euro am 13. April bei mindestens 1,35 Dollar, wird je Schein ein Gegenwert von 25 Dollar gutgeschrieben. In gut zwei Monaten bringt das Papier eine Rendite von 16 Prozent.


Wer dagegen von einem weiteren Verfall des Euro ausgeht, kann die Short-Variante mit Basis 1,50 Dollar und einem Cap von 1,46 Dollar auswählen. Bis September sind damit 30 Prozent Gewinn möglich.






Dividendenpapiere: Wetten auf höhere Ausschüttungen



Mit Dividenderivaten können Anleger auf die Ausschüttungen deutscher Bluechips spekulieren. Aufgrund des Risikos eignen sich die Produkte aber nur als Absicherung.

Die Aktie der  Deutschen Telekom hat im Vergleich zum Gesamtmarkt zuletzt deutlich verloren. Seltsam, gelten doch Papiere von Telekommunikationskonzernen in unruhigen Börsenzeiten wegen ihren hohen Dividendenrenditen als Hort der Stabilität. Doch die ersten Analysten beginnen zu zweifeln, ob der Konzern die Ausschüttung von 78 Cent je Aktie halten kann.

Die Société Générale hat nun Zertifikate emittiert, mit denen sich solche Erwartungen handeln lassen. Die Produkte spiegeln die an der Terminbörse Eurex gehandelten Futures auf die Dividenden einzelner Aktien wider. Anfänglich sind Zertifikate auf sechs deutsche Basiswerte erhältlich:  Allianz,  BASF,  Deutsche Bank, Deutsche Telekom, Eon und Siemens. Die Rückzahlung richtet sich nach den Bruttodividenden, die von den Konzernen im letzten Laufzeitjahr des Zertifikats ausgeschüttet werden.

Neu ist die Idee nicht: Sal. Oppenheim hatte bereits 2006 Zertifikate auf Dividendenerwartungen einzelner Aktien begeben. Damals bestimmten allerdings die bis zum Laufzeitende kumulierten Dividenden die Rückzahlung.

Die neuen Produkte werden jeweils im Dezember 2010, 2011 und 2012 fällig. Das bis 2011 laufende Zertifikat auf die Telekom (ISIN DE000SG1LNQ5) notiert derzeit bei 73 Cent. Sollte der Konzern im letzten Laufzeitjahr 78 Cent je Aktie ausschütten, führt dies zu einer Rückzahlung in gleicher Höhe - was einem Gewinn von 6,9 Prozent oder 3,6 Prozent per annum entspricht. Sofern die Telekom die Dividende wider Erwarten deutlich senkt oder sogar streicht, drohen große Rückschläge bis hin zum Totalverlust.

Aufgrund des hohen Risikos kommen die neuen Papiere nur für erfahrene Anleger in Betracht, und zwar vorwiegend zu Absicherungszwecken. Denn die Dividende ist ein wichtiger Einflussfaktor auf die Kurse vieler anderer Zertifikate. Bei steigenden Erwartungen hinsichtlich der Ausschüttung würde etwa der Kurs eines Bonuszertifikats tendenziell sinken, da Inhabern des Papiers diese nicht zugerechnet werden. Mit dem gleichzeitig zu erwartenden Kursanstieg des Dividendenzertifikats kann der Verlust ausgeglichen werden.

Nachhaltigkeit: Was grüne Zertifikate taugen



Aufgrund des hohen Interesses widmen sich immer mehr Emittenten dem Thema Nachhaltigkeit und bringen entsprechende Zertifikate auf den Markt.

Nachhaltiges Investieren gewinnt hierzulande zunehmend an Bedeutung. Einer der besten Indikatoren für diesen Trend ist die "Invest", Deutschlands größte Messe für private und institutionelle Anleger. Bei der im April in Stuttgart stattfindenden Veranstaltung ist dem Thema nachhaltige Geldanlagen zum zweiten Mal in Folge ein eigener Themenpark gewidmet. Dieses Jahr soll das Angebot sogar weiter ausgebaut werden: "Aussteller haben so noch mehr Möglichkeiten, den Besuchern Fonds, Zertifikate oder andere Produkte vorzustellen, die auf ökologische oder ethische Weise nachhaltig sind", sagt die Veranstalter.

Allein das Statement zeigt, wie unterschiedlich das Thema Nachhaltigkeit aufgefasst wird. Während die einen darunter in erster Linie ökologische Geldanlagen verstehen, ist für andere der Begriff wesentlich weiter gefasst. Demnach dürfen beim nachhaltigen Investieren auch gesellschaftliche und soziale Komponenten nicht außer Acht gelassen werden. Die Theorie hinter dem Ansatz: Konzerne, die nachhaltig wirtschaften, sind langfristig erfolgreicher. Dementsprechend müssten sich auch die Aktienkurse dieser Gesellschaften besser entwickeln als der Durchschnitt. Die am Markt erhältlichen Zertifikate folgen mehrheitlich dem breiteren Ansatz, können die Überrendite-Theorie jedoch meist nicht bestätigen.

Einer der Pioniere auf dem Gebiet der Nachhaltigkeit ist die Bank Sarasin. 2007 hat das Schweizer Geldinstitut in Kooperation mit der Deutschen Börse den Daxglobal Sarasin Sustainability Germany-Index entwickelt. Das passende Zertifikat dazu kommt von der Commerzbank. Der Basiswert bildet ausschließlich Aktien von Unternehmen ab, die das Kriterium der Nachhaltigkeit gemäß der "Sarasin Sustainable Matrix" erfüllen. Dabei werden die 100 größten deutschen Werte zunächst in einem Branchenrating etwa danach beurteilt, ob sie bei der Herstellung ihrer Produkte nachhaltig wirtschaften. Das Unternehmensrating beurteilt darüber hinaus die ökologischen und sozialen Leistungen.

Derzeit sind 44 Papiere im Index enthalten, darunter das des Chipproduzent Infineon, des Konsumgüterkonzerns Henkel sowie der Deutschen Postbank. Aus dem Bereich der erneuerbaren Energien sind sieben Aktien mit von der Partie, zum Beispiel die des Windkraftspezialisten Nordex und des Fotovoltaikkonzerns Solarworld. Die Überprüfung der Indexzusammensetzung findet einmal jährlich statt, Dividenden werden angerechnet.

Bislang ist das Nachhaltigkeitskonzept nicht aufgegangen: Seit der Einführung im Herbst 2007 hinkt der Index dem Dax um zehn Prozentpunkte hinterher, doch hat er in den vergangenen zwölf Monaten aufgeholt und den Dax schlagen können.

Aktienfonds als Basis

Besser lief es beim Zertifikat auf die "Sustainability All Stars", wobei Sustainability für Nachhaltigkeit steht: Gegenüber dem MSCI World hat das Papier seit der Auflage im Februar 2007 etwa um fünf Prozentpunkte besser abgeschnitten. Das mag vielleicht auch daran liegen, dass der zugrunde liegende Basiswert wesentlich breiter gefasst ist als das Auswahlbarometer von Sarasin. Das Papier basiert auf einem Index aus fünf verschiedenen Aktienfonds, die in ethische und nachhaltig agierende Unternehmen aus dem Bereich Ökologie und Umwelt investieren. Die Auswahl, die jährlich überprüft wird, erfolgt nach quantitativen Kriterien: Aus der Kategorie "Equity Ethical/Social Responsible Investment" der Ratingagentur Standard & Poor's werden zunächst die Produkte selektiert, die mit mindestens drei Sternen bewertet sind, die Zulassung zum öffentlichen Vertrieb in Deutschland haben und ein Fondsvolumen von mindestens 30 Millionen Euro aufweisen.

Anschließend werden hieraus die fünf Fonds aufgenommen, welche auf Sicht von einem und drei Jahren die beste Performance erzielt haben. Maximal darf ein Fonds je Investmentgesellschaft im Basiswert enthalten sein. Ausgabeaufschläge fallen bei der Aufnahme in den Index nicht an, jedoch werden die bei Fonds üblichen Verwaltungsgebühren auf den Anleger übertragen.

Ohne Gebühren investieren

Auch gebührenfreies Investieren in das Thema Nachhaltigkeit ist möglich. Beim Zertifikat auf den "DJ Euro Stoxx Sustainability" von der WestLB fallen außer dem Spread keinerlei Kosten für den Anleger an. Der Basiswert bildet diejenigen Aktien aus der Eurozone ab, die im breiten "DJ Stoxx 600"-Index gelistet sind und einer Nachhaltigkeitsprüfung standhalten. Dabei spielen Kriterien wie eine strategische Planung von langfristigen Geschäftsstrategien hinsichtlich Ökologie, sozialer Verantwortung und ökonomischen Zielen genauso eine Rolle wie etwa Produktinnovationen, die auf ressourcenschonenden Technologien basieren.

Derzeit schaffen 84 Titel den Einzug in das Auswahlbarometer. Die 40 nach Börsenwert größten Aktien davon enthält der "DJ Euro Stoxx Sustainability 40", auf den ebenfalls ein Zertifikat erhältlich ist. In der Rückschau auf die letzten drei bis fünf Jahre zeigt sich fast ein Gleichlauf der Indizes mit dem Stoxx 600. Eine Überrendite lässt sich mit nachhaltigem Investieren also nicht unbedingt generieren, wohl aber das Gewissen beruhigen.

Tagesgeld: Ethikbank lockt mit 2,5 Prozent Zinsen



Die Ethikbank bietet ihren Neukunden stolze 2,5 Prozent für mindestens sechs Monate. Das kann sich sehen lassen. Sind die sechs Monate vorbei, ist allerdings wahrer Idealismus vonnöten.

Wer ethisch anlegt muss auf Rendite verzichten. Dieses Vorurteil war einmal. Seit der Lehman-Pleite ist Ethik - was auch immer einige Banken darunter verstehen - nicht nur ein Modethema. So ist es nicht verwunderlich, dass die GLS Bank, als deutscher Platzhirsch auf dem Gebiet des ethischen Bankgeschäfts, seit 2008 ein Rekordergebnis nach dem nächsten einfährt. Und das obwohl mit der Noa Bank und der niederländischen Triodos Bank zwei neue Akteure um die Kundschaft, die nicht nur Zinsen will, buhlt.

Nun macht sich auch die Ethikbank aus Jena einen Namen und zwar mit einem stattlichen Tagesgeldzins von 2,5 Prozent. Der Zinssegen gilt allerdings nur bis 5000 Euro. Für jeden Euro darüber bekommen Kunden – noch immer überdurchschnittliche – 1,75 Prozent. Allerdings währt diese Freude nur für ein halbes Jahr, danach bekommen Kunden den Standardzinssatz von einem Prozent bis 5000 Euro und 1,25 Prozent für jeden Euro darüber. Verglichen mit anderen Angeboten ist die sechsmonatige Zinsgarantie durchaus lang. Der Standard-Lockvogelzins hat oft eine Halbwertszeit von gerade einmal vier Monaten.


Vorteile bei der Einlagensicherung

Wie die GLS Bank ist die Ethikbank eine Genossenschaftsbank und genießt folglich auch den Schutz der 100prozentigen Einlagensicherung der Genossenschaftsbanken. Ein Vorteil gegenüber einem Institut wie der Noa Bank, dessen Einlagen nur über die bundesdeutsche Mindestsicherung mit maximal 50.000 Euro abgesichert sind.

Das Kundengeld investiert die Ethikbank nach einer ausgefeilten Positiv-Liste. Unternehmen, denen das Geld entweder mittels Aktien oder in Form von Anleihen zugute kommt, sollten etwa hohe Umweltstandards einhalten, die Gleichberechtigung fördern, ihre Mitarbeiter angemessen bezahlen und sich gegen Korruption einsetzen. Gleiches gilt für Staaten und Kommunen, deren Anleihen die Ethikbank ebenfalls kauft.

Fazit:

Trotz einiger kleiner Schönheitsfehler, wie etwa der niedrigen Höchstanlage von 5000 Euro, ist die Offerte der Ethikbank durchaus attraktiv und sicher. Unter Instituten mit ethischer Ausrichtung, bieten die Thüringer zurzeit das attraktivste Tagesgeld.

Die besten Tagesgeldangebote finden Sie im Capital- Tagesgeldrechner

Bankenwebseiten-Rating: Postbank siegt zum dritten Mal



Die Postbank hat die beste Bankenwebsite im deutschsprachigen Raum. Das ist das Ergebnis des Ibi Website Rating Awards, der bereits zum zwölften Mal vergeben wurde.

Das Institut schafft damit den Hattrick: Sie geht zum dritten Mal in Folge als Gesamtsieger aus der umfangreichsten Untersuchung deutschsprachiger Internet-Auftritte von Banken und Sparkassen hervor. Auf den Plätzen zwei und drei folgen die Sparkasse Hannover und die Dresdner Bank – wie schon bei der letztjährigen Untersuchung anno 2009. Auf den weiteren Plätzen in den Top-Ten folgen die Kreissparkasse Köln, die Sparkasse Aachen, die Deutsche Bank, die Sparkasse Saarbrücken, die SEB, die Sparkasse KölnBonn sowie die Stadtsparkasse München.

Bereits seit 1997 untersucht Ibi Research an der Universität Regensburg die Internetauftritte von rund 160 Kreditinstituten in Deutschland, Österreich und in der Schweiz. Die Internetseiten werden auf die Dimensionen Beratungsqualität und Usability – also Nutzerfreundlichkeit – hin untersucht, dabei kommen rund 330 Einzelkriterien zur Anwendung. Im Fokus der Untersuchung steht, wie gut die Webseiten den Vertrieb der Banken unterstützen.

Bester Webauftritt für ein Online-Girokonto kommt aus Hannover

"Das Ibi Website Rating ist eine der umfangreichsten Evaluationen von Banken-Webseiten im deutschsprachigen Raum", sagte Prof. Dr. Dieter Bartmann von Ibi Research bei der Award-Verleihung. "Mit der Auszeichnung der Sieger und Platzierten zeigen wir, wie ein erfolgreicher Internet-Vertrieb von Banken und Sparkassen ausgestaltet sein kann."

Neben den Top 10 im Gesamtranking wurden auch Awards für die Gewinner der Schwerpunktthemen "Konten & Karten / Girokonto" sowie "Suchfunktion auf Bankenwebsites" vergeben. Die beste Ausgestaltung eines Online-Girokontos zeigt die Sparkasse Hannover, die beste Suchfunktion die Sparkasse Köln-Bonn.

Geldautomaten: Warum Fremdgehen nicht teuer sein muss



Bis zu 10 Euro Gebühr für einmal Geld abheben. Mit dieser Nachricht sorgte die Frankfurter FMH Finanzberatung in der vergangenen Woche für Diskussionsstoff. "Abzocke" schallte es aus dem Lager der Verbraucherschützer. Inzwischen hat die Debatte auch die Politik erreicht.

Vor allem die FDP will sich nun als Anwältin der Verbraucher profilieren und die Banken wegen ihrer Gebührenpolitik zur Rede stellen. Die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache: Eine Transaktion kostet an einem Geldautomaten in etwa 53 Cent. Dieser Preis ergibt sich, wenn man die 24.000 Euro, die laut ING-Diba ein Geldautomat im Jahr kostet, durch die durchschnittliche Zahl der Transaktionen pro Geldautomaten - nach Angaben der Bundesbank sind dies jährlich etwa 45.000 - teilt. Die Gebühr fürs Fremdgehen am Automaten liegt im Durchschnitt bei 5,64 Euro. Die Banken halten dagegen, dass die Zahl der Fremdadhebungen nur einen Bruchteil der jährlich rund 2,5 Milliarden Transaktionen ausmacht.

Dazu passt eine Studie des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands (DSGV), nach der drei Viertel aller Sparkassenkunden noch nie an einem Geldautomaten abgehoben haben, der nicht zum eigenen Verbund gehörte. Zahlen, die nicht verwundern, da die Sparkassen mit ihren über 25.000 Geräten fast die Hälfte aller deutschen Geldautomaten stellen. Also eine zu vernachlässigende Größe? Laut Paysys, einem Beratungsunternehmen, das sich auf den bargeldlosen Zahlungsverkehr spezialisiert hat und unter anderem für die Bundesbank arbeitet, gibt es im Jahr rund 90 Millionen Fremdadhebungen. Den Banken beschert das Einnahmen von rund 500 Millionen Euro.

Einheitliche Gebührenordnung

Christoph Strauch, einer der Berater von Paysys, glaubt, dass viele Kunden bei geringeren Gebühren freizügiger bei der Wahl des Geldautomaten wären. "Seitdem die Banken ihren Kunden nicht mehr mitteilen müssen, was sie sich untereinander berechnen, hat sich eine Spirale in Gang gesetzt", sagt Strauch. Bis 1997 gab es eine einheitliche Gebührenordnung: Wer bei einer Fremdbank abhob, zahlte ein Prozent, aber mindestens 4 DM. Dann kündigten die Sparkassen diese Regelung auf, seitdem sind die Preise frei festsetzbar. Da die Banken die Gebühren direkt an die Kunden weiterreichten, blieben die Preise zunächst stabil.

Seit 2001 müssen dies die Banken nicht mehr tun. Der Kunde erfährt seine Kosten aus dem Preis- und Leistungsverzeichnis seiner Bank. Was die Banken im Hintergrund einander abziehen, bleibt im Dunkeln. Doch je höher die Kosten im Interbankengeschäft werden, desto stärker steigen die Gebühren für die Kunden. Allein im vergangenen Jahr lag die Gebührenanhebung im Schnitt bei 13 Prozent, wie FMH errechnet hat.

Vertreter von Privatbanken und Geschäftsbanken sehen sich in der Defensive. Sie können nicht anders, als nachzuziehen, um auf den Preisdruck zu reagieren. Als Schuldige gelten in ihren Augen die Bankengruppen mit den größten Geldautomatennetzen: Sparkassen und Genossenschaftsbanken. Sie stellen gemeinsam etwa 80 Prozent aller Geräte in Deutschland und argumentieren mit den Kosten, die das Servicenetz verursacht. Intransparenz, wie sie von Verbraucherschützern und nun auch von Politikern angeprangert wird, können, oder besser wollen

sie nicht erkennen. "Unsere Kunden haben bereits die nötige Transparenz durch unsere Preis- und Leistungsverzeichnisse", sagt DSGVO-Sprecherin Michaela Roth. Der kostenlose Service gelte eben nur für Sparkassenkunden. Das seien immerhin fast 50 Millionen Bürger.

Mögliche Lösungen für das Problem

Auswege gäbe es einige. "Man könnte etwa wieder ein einheitliches Gebührenmodell einführen", sagt Strauch. Das wäre aber kartellrechtlich schwierig. Seiner Ansicht nach könnte auch ein direktes Kundenentgelt für mehr Klarheit sorgen. Dabei würde der Kunde direkt beim Abheben sehen, was ihn das Ganze kostet. "In diesem Fall würde der Markt die Preise regeln", sagt Strauch. Vor allem dort, wo mehrere Automaten in unmittelbarer Nähe stünden. In den USA und Großbritannien funktioniert dieses Modell bereits seit Jahren.

Die Sparkassen halten nicht viel von einer solchen Gebühr, die direkt anzeigt, was das Abheben kosten wird. An ihrem Widerstand würde das Modell wohl scheitern. Privatbanken suchen unterdessen nach anderen Möglichkeiten, ihren Kunden Zugang zu Bargeld zu ermöglichen. So arbeiten einige Institute mit dem Handelskonzern Rewe zusammen. Die Kunden können sich beim Bezahlen ihrer Einkäufe mit ihrer EC-Karte noch Bargeld aus der Ladenkasse geben lassen. Bei Shell-Tankstellen ist dies auch möglich, ohne vorher getankt zu haben.

Ungeachtet dessen werden Geldautomaten das Rückgrat der Bargeldversorgung bleiben. Verbraucherschützer und Politiker haben der Gebührenabzocke den Kampf angesagt, das Bankenlager ist gespalten. Für die Verbraucher ist die Situation damit vielleicht gar nicht mal so schlecht.



Zinsticker

Die aktuellen Konditionen für Tages- und Festgeld.

Tagesgeld		für 1.000 für 50.000	
Anbieter	Kontakt	Euro	Euro
noa bank	(0800) 1116151	2,20	2,20
Bank of Scotland ∞	bankofscotland.de	2,10	2,10
NIBC Direkt ∞	nibcdirekt.de	2,10	2,10
Santander Direkt Bank	(01805) 556477	2,00	2,00
1822direkt 1	1822direkt.com	2,00	2,00
ING-DiBa 1	(01802) 784578	2,00	2,00
CosmosDirekt	cosmosdirekt.de	1,85	1,85
KarstadtQuelle Bank	(069) 69795334	1,75	1,75

Festgeld

Anbieter	Kontakt	Anlagezeitraum	
		6 Monate	12 Monate
Bigbank AS ∞	bigbank.de	2,50	3,00
ICICI Bank UK PLC	icicibank.de	-	2,60
Akbank N.V. ∞	(01802) 252265	2,00	2,50
noa bank	(0800) 1116151	2,30	2,40
NIBC Direkt ∞	nibcdirekt.de	2,00	2,40
ISBANK	(069) 29901199	2,10	2,30
SWK Bank	(0800) 1204444	1,75	2,05
BKM Bausparkasse Mainz	(06131) 303590	1,76	2,01

in Prozent pro Jahr. Auswahl bester Anbieter: Maximal ein Angebot mit limitierter Einlagengarantie; maximal zwei nur für Neukunden 1) Für Neukunden. 2) Einlagengarantie begrenzt. 3) Rendite.

Quelle: FMH-Finanzberatung

Stand: 04.02.2010

Lebensversicherung: Garantieverzinsung bleibt auch 2011 konstant



Der Garantiezins in der klassischen Lebens- und Rentenversicherung wird trotz Krise und anhaltender Niedrigzinsphase 2011 nicht abgesenkt. Kunden können weiterhin mit mindestens 2,25 Prozent rechnen.

Nach Informationen der "Financial Times Deutschland" (FTD) schlägt die Deutsche Aktuarvereinigung (DAV) der Finanzaufsicht BaFin und dem Bundesfinanzministerium vor, den derzeitigen Garantiezins von 2,25 Prozent beizubehalten. Der DAV-Ausschuss Leben habe einstimmig beschlossen, die Beibehaltung zu empfehlen, berichtet die FTD aus Versicherungskreisen.

Die in der DAV organisierten Versicherungsmathematiker unterbreiten jährlich einen Vorschlag für die Höhe des Garantiezinses, auch Höchstrechnungs-zins genannt. Aufsicht und Regierung sind nicht daran gebunden, folgen ihm aber in der Regel.

Der Garantiezins ist der Wert, mit dem Lebensversicherer den Sparanteil der Prämie des Kunden mindestens verzinsen. Er gilt für die gesamte Vertragslaufzeit. Anbieter können mit ihren Garantieverprechen auch unter der Höchstgrenze bleiben, wären dann aber kaum noch konkurrenzfähig. Bis zum Jahr 2000 lag der Garantiezins immer zwischen drei Prozent und vier Prozent. Zuletzt ist er 2007 von 2,75 Prozent auf 2,25 Prozent gesenkt worden. Darüber hinaus gewähren die meisten Versicherer ihren Kunden eine Gewinnbeteiligung, die sie jährlich festlegen. Beides zusammen ergibt die Überschussbeteiligung.

Bei ihrem Vorschlag haben die Aktuar des DAV nur geringe Spielräume. Sie orientieren sich an der Entwicklung europäischer Staatsanleihen in den vergangenen zehn Jahren und erstellen eine Prognose für die kommenden Jahre. Es sei für die Versicherer kein Problem, die 2,25 Prozent zu erwirtschaften, hieß es. Manche haben aber Verträge mit einer Garantieverzinsung im Bestand, die deutlich über der Überschussbeteiligung liegt, die sie den übrigen Kunden gutschreiben. Für sie könnte es eng werden.



Quotenregelung: Versicherer zahlt auch bei Schussligkeit



Früher war der Fall klar: Bei grober Fahrlässigkeit brauchte ein Versicherer nichts zu zahlen. Nach einer Gesetzesänderung ist das nicht mehr so eindeutig.

Das Landgericht Münster hat über einen Fall grober Fahrlässigkeit entschieden, in dem es um die neue Quotenregelung in Versicherungsfragen ging. Wie der Branchendienst versicherungsjournal.de berichtet, handelt es sich um das erste Urteil dieser Art.

Konkret ging es um einen Fall von Rotlicht-Missachtung. Die Klägerin hatte für ihr Fahrzeug eine Vollkaskoversicherung abgeschlossen. Weil sie nach ihren Angaben durch die tief stehende Sonne geblendet wurde, überfuhr sie eine durch Ampeln gesicherte Kreuzung nachweislich bei Rot und stieß mit einem anderen Fahrzeug zusammen. Bei dem Unfall entstand am Pkw der Klägerin ein Schaden von annähernd 17.000 Euro.

Bis Ende 2007 wäre die Angelegenheit klar gewesen. Wenn jemand einen Schaden grob fahrlässig verursacht hatte, musste seine Versicherung nicht zahlen. Seit Anfang 2008 gilt jedoch eine geänderte Version des Versicherungsvertragsgesetzes. Demnach ist der Versicherer berechtigt, seine Leistung "in einem der Schwere des Verschuldens des Versicherungsnehmers entsprechenden Verhältnis zu kürzen".

Im konkreten Fall war das Unternehmen bereit, sich mit einer Quote von 50 Prozent an den Aufwendungen der Versicherten zu beteiligen, weil er nur einen "mittleren Grad" grober Fahrlässigkeit sah. Das reichte der Versicherten jedoch nicht aus. Sie war angesichts der schwierigen Sichtverhältnisse zum Zeitpunkt des Unfalls der Meinung, sich nicht grob fahrlässig verhalten zu haben, und klagte daher die restlichen 50 Prozent ihres Schadens ein.

Doch dem wollte das Landgericht Münster nicht folgen. Es wies die Klage als unbegründet zurück. Nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme muss die Ampel für die Klägerin schon mehrere Sekunden auf rot gestanden haben, als sie mit ihrem Fahrzeug in die Kreuzung einfuhr. Das aber werteten die Richter als eindeutig grob fahrlässiges Verhalten.

Denn wenn sich die Klägerin, wie von ihr behauptet, durch die Sonne geblendet fühlte, hätte sie sich mit ihrem Fahrzeug langsam in den Kreuzungsbereich hineintasten müssen, um jegliche Gefährdung anderer Verkehrsteilnehmer zu vermeiden. Die der Klägerin von ihrem Versicherer zugewilligte Quote von 50 Prozent hielt das Gericht für angemessen (Az.: 015 O 141/09).

.....

Urteil: Policen dürfen früher gekündigt werden



Seit einer Gesetzesreform gibt es Streit: Dürfen lang laufende Versicherungsverträge früher gekündigt werden oder nicht? Ein aktuelles Urteil gibt Verbrauchern recht.

Aus Sicht des Amtsgerichts Düsseldorf können Verträge, die vor dem 1.1.2008 abgeschlossen wurden, bereits zum Ende des dritten Versicherungsjahrs gekündigt werden. Entscheidend sei dabei die Vertragslaufzeit ab Beginn des Vertrags.

Hintergrund: Anfang 2008 wurde das Versicherungsvertragsgesetz geändert. Seitdem sind länger laufende Policen stets mit Ende des dritten Jahres kündbar. Bisher war das frühestens nach fünf Jahren möglich. Einige Versicherer, darunter die Provinzial Rheinland, vertreten den Standpunkt, dass die Drei-Jahres-Frist für Verträge erst ab dem 1. Januar 2008 gelte. Fachleute betonen aber, die Drei-Jahres-Frist gelte nun generell. Auch Versicherungsombudsmann Günter Hirsch hatte sich dieser Ansicht angeschlossen und war daraufhin von Jörg Funck, Leiter der Provinzial-Rechtsabteilung, scharf kritisiert worden. Funck warf Hirsch vor, er überschreite seine Kompetenzen und mache "Stimmung bei den Kunden".

Im konkreten Fall ging es um eine Unfallversicherung der Provinzial, die am 1. Juli 2006 startete und fünf Jahre lang laufen sollte. Hier argumentierte das Unternehmen, es sei ein Ausstieg erst zum 1. Juli 2011 möglich. Die Richter sahen die Kündigung, die auf den 1. Juli 2009 lautete, jedoch als rechtmäßig an (Az.: 45 C 10776/09). Das Amtsgericht hat wegen der grundsätzlichen Bedeutung der Sache die Berufung zugelassen.

Ein Sprecher der Provinzial Rheinland erklärte, sein Haus werde von dieser Möglichkeit Gebrauch machen. Nach seinen Angaben hat es zuvor bereits acht Entscheidungen von Gerichten in Sachen Mehrjahresverträge gegeben. Mit dem neuesten Urteil seien lediglich drei gegen die Provinzial ausgefallen, hingegen sechs zu Gunsten des Versicherers. Sämtliche Entscheidungen seien noch nicht rechtskräftig.

.....

Riester-Rente: Weniger Riesterparer setzen auf Fonds



Fondsanbieter spüren die allgemeine Zurückhaltung bei Riester-Verträgen. Im vergangenen Jahr war der Zuwachs bei Sparplänen nicht einmal halb so groß wie 2008.

Die Anzahl von Riester-Fondssparplänen stieg 2009 im Vergleich zu 2008 um 10,2 Prozent, teilte der Branchenverband BVI mit. Vor Jahresfrist hatte das Plus noch 24,1 Prozent betragen.

Zahlen von anderen Anbietern dieser staatlich geförderten Altersvorsorge liegen für das Gesamtjahr noch nicht vor. Allerdings legen die Daten des Bundesarbeitsministeriums bis Ende September 2009 nahe, dass die Fondsbranche prozentual erneut besser abgeschnitten hat als die schier übermächtige Konkurrenz der Versicherer.

In den ersten drei Quartalen waren 6,6 Prozent mehr Fondssparpläne abgeschlossen worden, während das Plus bei Versicherungspolicen lediglich 4,8 Prozent betragen hatte. In absoluten Zahlen liegen die Versicherer jedoch weiterhin weit vorne. Ende September gab es 9,6 Millionen Riester-Versicherungsverträge gegenüber 2,5 Millionen Fondssparplänen. Der Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft will seine Zahlen für das Gesamtjahr im März vorlegen, sagte ein Sprecher auf Anfrage.

Generell hat sich das Interesse am Riestern zuletzt verringert. In den ersten drei Quartalen stieg die Zahl der Verträge um lediglich 6,1 Prozent. Im Gesamtjahr 2008 hatte das Plus noch 12,9 Prozent betragen.

Immobilienmarkt: Ökonomen sehen keine Wohnungsnot



Der Wohnungsneubau hat einen Rekordtiefstand erreicht. Eine Verknappung des Wohnraums befürchten Immobilienexperten dennoch nicht. Nur einzelne Regionen bilden eine Ausnahme.

Das geht aus dem Frühjahresgutachten des "Rates der Immobilienweisen" hervor, dem die Forschungsinstitute Bulwien-Gesa, GfK Geo-Marketing, Empirica sowie der Wirtschaftswoche Wolfgang Wiegand angehören. "Die amtlichen Statistiken weisen daraufhin, dass sich das Wohnungsangebot im westdeutschen Mittel analog zur Wohnungsnachfrage entwickelt hat", sagt Empirica-Vorstand Harald Simons. So ist die Zahl der Haushalte in Westdeutschland zwischen 1994 und 2008 um knapp 10 Prozent oder 2,7 Millionen gestiegen. Die Wohnungsfortschreibung der statistischen Ämter weist dagegen einen Anstieg der Wohnungszahl um 14 Prozent oder 3,9 Millionen aus.

Selbst bei einer Korrektur von Ungenauigkeiten der Statistik ergibt sich daraus eine ausgeglichene Wohnungsmarktentwicklung. In die gleiche Richtung deuten auch andere Indikatoren: So zeigt der Leerstand in Westdeutschland seit 2002 einen leichten, kontinuierlichen Anstieg. Zudem sind die Nominalmieten seit 2004 konstant.

Nur in den Metropolen München, Köln, Hamburg und eingeschränkt Frankfurt würde ein weiterer Rückgang der Wohnungsfertigstellung tatsächlich zu einer wachsenden Anspannung auf den Wohnungsmärkten führen.

Für Wohnimmobilienbesitzer hat Immobilienforscher Simons eine gute Nachricht: Nach einem Preisrückgang bei den Wohnimmobilien in den vergangenen Jahren steigen die Preise auf den Märkten wieder an. "2009 dürfte den unteren Wendepunkt des Wohnungsmarktzyklus markiert haben", sagt der Ökonom. Die Wirtschaftskrise habe die Trendwende wohl abgeschwächt, aber nicht verhindert. 2010 rechnet er mit einem Anstieg der Kaufpreise in westdeutschen kreisfreien Städten um 1,5 Prozent. Das wäre eine ähnliche Preissteigerung wie 2009. Zudem würden in den nächsten ein bis zwei Jahren auch die Mieten und Preise in den Landkreisen anziehen.

Rekordleerstände bei Büros erwartet

Auf dem Büroimmobilienmarkt sieht es hingegen düster aus: Die Experten erwarten Rekordleerstände. Ein Rückgang bei den Büroangestellten und einem gleichzeitigen Anstieg der verfügbaren Büroflächen treibt den Leerstand in die Höhe. In den großen Metropolen werden 2010 etwa 8,75 Millionen Quadratmeter ungenutzt bleiben - 18,8 Prozent mehr als 2009.

Shoppingcenter: Konsumtempel-Boom hält an



Ungeachtet der Finanzkrise steigt die Zahl der Shoppingcenter. Doch die begehrten Innenstadtlagen der Metropolen sind belegt. Entwickler weichen in die Provinz aus - und gehen höhere Risiken ein.

Seit es Shoppingcenter gibt, ist das Einkaufen zu einer Angelegenheit der kurzen Wege geworden. Auf drei bis vier Etagen beherbergen die Konsumtempel Läden, Restaurants und Cafés, die sich sonst über eine ganze Innenstadt verteilen würden. Die Verbraucher genießen die gebotene Bequemlichkeit und nehmen die Konsumhallen an. Nach Angaben des Analysehauses Bulwien Gesa gibt es deutschlandweit inzwischen 272 Shoppingcenter. Vor zehn Jahren waren es erst 200 Center.

Und ein Ende des Booms ist nicht zu erwarten. "Wir sehen noch Platz für 100 Center in Deutschland", sagt Ralf Koschny, Einzelhandelsexperte bei Bulwien Gesa. Auch Christof Glatzel, Vorstand von MFI, einem Entwickler und Betreiber von Einkaufszentren, hält das Potenzial nicht für ausgereizt: "Zwischen 80 und 100 Center könnten noch entstehen." Auch der internationale Vergleich spricht für weiteres Wachstum. Nach Berechnungen des Maklers Cushman & Wakefield kommen in Deutschland auf 1000 Einwohner 157 Quadratmeter Verkaufsfläche in Shoppingcentern. Der EU-Durchschnitt liegt bei 218 Quadratmetern.

Schon in diesem Jahr kommen drei neue Einkaufszentren hinzu, drei weitere werden vergrößert oder umgebaut. Für 2011 sind sechs Neueröffnungen geplant. Die Entwicklung zeigt, dass die Banken auch während der Finanzkrise den Bau von Einkaufszentren finanziert haben. "Die Entwickler von Shoppingcentern sind kaum von der Krise betroffen", sagt Analyst Koschny. Obwohl die Projekte zeitaufwendig und teuer sind. Der Bau verschlingt je nach Größe zwischen 50 Millionen Euro und 300 Millionen Euro. Die Entwicklung beginnt mit der Auswahl geeigneter Standorte, setzt sich mit der Suche nach bekannten und zugestärkten Einzelhändlern fort und mündet im Baubeginn, wenn mindestens 40 bis 50 Prozent der Flächen vorvermietet sind. Nach Fertigstellung wird das Objekt an einen Betreiber verkauft.

Einer davon ist die Deutsche Euroshop AG in Hamburg. Der Konzern besitzt bereits 17 Einkaufszentren, zuletzt erwarb er das A10-Center in Wildau bei Berlin. Interessenten gab es jedoch viele. "Der Markt für Einkaufszentren ist umkämpft. Wir sind nicht die einzigen, die sich darum bemühen, daran hat auch die Finanzkrise wenig geändert", sagt Vorstandschef Claus-Matthias Böge. Zuletzt hätten sogar wieder verstärkt Private-Equity-Investoren mitgeboten.

Entsprechend hoch sind die Preise, wie die relativ niedrige Nettoanfangsrendite zeigt. Sie ergibt sich aus dem Verhältnis der Mieteinnahmen zum Kaufpreis. Nach Berechnungen des Immobiliendienstleisters Jones Lang LaSalle lag die Rendite für Shoppingcenter in deutschen Großstädten zuletzt 2004 bei über sechs Prozent, derzeit liegt sie bei 5,75 Prozent.

MFI-Vorstand Glatzel führt die hohe Nachfrage auf den defensiven Charakter der Objekte zurück. Einzelhandelsimmobilien in guter Lage seien ohnehin sehr wertstabil. Und Shoppingcenter böten durch die Vielzahl an Mietern noch eine zusätzliche Risikostreuung.

Die Wertstabilität variiert jedoch je nach Standort, Objektqualität und Bonität der Mieter. Und seit einiger Zeit sind die Investoren gezwungen, höhere Risiken einzugehen. Denn die begehrten

Innenstadtlagen der Groß- und Mittelstädte sind belegt, weitere Shoppingcenter lassen sich wegen der knappen Flächen kaum realisieren.

Die Entwickler weichen daher auf Randlagen der Metropolen und auf Kleinstädte aus. "Im Grunde kommt jede Kommune mit mehr als 50.000 Einwohnern infrage, sofern sie über ein großes Einzugsgebiet verfügt", sagt Analyst Koschny. Die Einkaufszentren sind meist jedoch kleiner, fällt ein großer Mieter aus, schlägt das stärker durch.

Chancen verspricht nach Ansicht von Koschny auch der Umbau einiger der bundesweit rund 300 Fachmarktzentren. Diese beherbergen neben Baumärkten auch immer öfter namhafte Einzelhandelsketten. "Selbst die typischen Innenstadtfilialisten gehen in die Fachmärkte", sagt Koschny. Eine Umwandlung der Zentren in Shoppingcenter biete hohes Wertsteigerungspotenzial: "Statt 11 Euro pro Quadratmeter könnten die Vermieter dann bis zu 16 Euro verlangen", sagt Koschny.

.....

Umfrage: Deutsche wissen wenig über Hauspreise



In den USA und Großbritannien sind durch die Finanzkrise die Immobilienpreise in den Keller gesunken. Doch trifft das auch auf Deutschland zu? Eine Studie hat einige Irrtümer über den Immobilienmarkt zutage gefördert.

Die Entwicklung der Immobilienpreise wird von fast der Hälfte aller Bundesbürger falsch eingeschätzt. Obwohl sie in Deutschland in den letzten Jahren im Schnitt leicht gestiegen sind, gehen viele Deutsche aufgrund der Finanzkrise von deutlich gefallen Preisen aus. Das ergab eine Studie des Baugeldvermittlers HypothekenDiscount. Demnach nehmen 44,3 Prozent der Deutschen an, auch der deutsche Immobilienmarkt sei von einem Preisverfall betroffen. Sie sagen, drastisch gesunkene Hauspreise seien der Hauptgrund dafür, dass sich der Immobilienerwerb jetzt lohne.

"Tatsächlich sind die Immobilienpreise in Deutschland jedoch seit Jahren weitgehend stabil", sagt Kai Ooppel von HypothekenDiscount. "In Deutschland war der Markt für Wohneigentum zudem niemals überhitzt." Lediglich in weniger attraktiven Lagen hätten Häuser an Wert verloren, so etwa in einigen ländlichen Gegenden Ostdeutschlands, Mittelhessens oder des Saarlandes.

Überdurchschnittlich gestiegen sei der Wert von Immobilien in Ballungsräumen wie München, Frankfurt oder Düsseldorf.

Wohnungsmangel in den Metropolen treibt Preise

Das bestätigt auch Andreas Schulten, Geschäftsführer des Marktforschungsinstituts BulwienGesa. Laut dem Immobilienindex des Forschungsinstituts erzielten Privateigentümer seit 1975 einen Preisanstieg von durchschnittlich 2,43 Prozent. "Weil Wohnungen mehr als drei Viertel des deutschen Immobilienvermögens ausmachen, ist ein Investment in deutsche Wohnungen generell


lohnenswert, weil sicher", sagt Schulten. Vor allem Metropolen seien unter Ertrags und Risikogesichtspunkten interessant. So sind in großen Städten wie Hamburg oder München Mietwohnungen schon seit Jahren Mangelware und dadurch die Mieten vergleichsweise hoch. "Daher konzentriert sich derzeit der Investitionsmarkt zu recht in den Städten mit mehr als 500.000 Einwohnern", so Schulten.

Lediglich die Hälfte der Befragten zeigt sich der Studie von HypothekenDiscount nach gut informiert über aktuelle Entwicklungen: 37,3 Prozent der Befragten wissen, dass der Kauf einer Immobilie sich zurzeit vor allem aufgrund der historisch günstigen Zinsen lohnt. Zwölf Prozent geben als wichtigsten Kaufgrund an, dass andere Kapitalanlagen riskant oder nicht rentabel sind. Besonders gut kennen sich die über 60-Jährigen mit dem Immobilienmarkt aus: Genau zwei Drittel wissen, dass die günstigen Zinsen sowie unattraktive alternative Kapitalanlagen der Grund dafür sind, dass sich die Investition in eine Immobilie derzeit lohnt. Nur 33,3 Prozent dieser Altersgruppe denken, dass die Preise von Häusern gesunken seien. Großen Informationsbedarf hat besonders die junge Generation - nur 43 Prozent der 20- bis 29-Jährigen konnten eine richtige Antwort geben.



Aktuelle Konditionen: Baugeld

Die Konditionen für Baugeld mit fünf-, zehn- und 15-jähriger Bindung.

Unter  Baugeldvergleich lassen sich individuell günstige Angebote berechnen.

Baugeld		Zinsbindung: 5 Jahre	
Anbieter	Kontakt	bis 70% Beleihung	bis 90% Beleihung
Dr. Klein ∞	(0800) 8833880	3,21	3,72
DTW-Immobilienfinanzierung ∞	(0621) 867500	3,21	3,72
Creditweb ∞	(0800) 2220550	3,22	3,73
Gladbacher Bank	(02161) 249325	3,29	3,73
ING-DiBa	(01802) 229444	3,40	3,92

Baugeld		Zinsbindung: 10 Jahre	
Anbieter	Kontakt	bis 70% Beleihung	bis 90% Beleihung
Accedo ∞	(0921) 5607050	4,03	4,59
baufi.net ∞	(0800) 3888110	4,05	4,59
Interhyp ∞	(0800) 200151515	4,07	4,42

Gladbacher Bank (02161) 249325	3,98	4,43
Deutsche Bank (01818) 1000	4,02	4,40

Baugeld	Zinsbindung: 15 Jahre		
Anbieter	Kontakt	bis 70% Beleihung	bis 90% Beleihung
Hypotheken-Discount ∞	(0800) 6008060	4,37	4,94
Accedo ∞	(0921) 5607050	4,39	4,94
DTW-Immobilienfinanzierung ∞	(0621) 867500	4,44	4,99
Deutsche Bank	(01818) 1000	4,49	4,80
Gladbacher Bank	(02161) 249325	4,49	4,94

Effektivzinsen in Prozent pro Jahr für 200.000 Euro Darlehen und zwei Prozent Tilgung. Bei der Auswahl der günstigsten Angebote werden maximal drei Vermittler berücksichtigt und mindestens zwei überregionale Geldgeber. 1) Beleihungsgrenze bezogen auf den Kaufpreis. 2) Kreditvermittler. 3) Kein Angebot.

Quelle: FMH-Finanzberatung

Stand: 03.02.2010

Interview: "Die Bevölkerung soll verunsichert und zur Selbstanzeige gebracht werden"



Der Steuer- und Strafrechtsanwalt Andreas Hagenkötter warnt, dass sich Steuerhinterzieher mit einer Selbstanzeige sehr schaden können.

Sie sind auf Steuer- und Strafrecht spezialisiert, mit anderen Worten: auf Steuerhinterzieher. Klingelt dieser Tage oft Ihr Telefon?>

Dass die Bundesregierung plant, Daten über mögliche Steuersünder anzukaufen, ist erst seit dem Wochenende bekannt. Da sind die Leute noch nicht so nervös. Nach der Zumwinkel-Affäre vor zwei Jahren allerdings hatte ich deutlichen Zulauf.

Was raten Sie Steuerhinterziehern: Selbstanzeige ja oder nein?

Ich rate ihnen in erster Linie, sich gründlich beraten zu lassen. Wer bei der Selbstanzeige etwas falsch macht, kann sich selbst sehr schaden. Es ist ja gerade das strategische Ziel bei der Debatte über den Ankauf der Steuerdaten: Die Bevölkerung soll verunsichert und zur Selbstanzeige gebracht werden. Vielleicht muss man die Daten später gar nicht mehr kaufen, weil ein Teilerfolg schon über die Panikmache erzielt werden konnte.

Wann raten Sie zur Selbstanzeige?

Spätestens, wenn eine Gefängnisstrafe droht. Das hängt von der Höhe des Steuerschadens ab. Der Bundesgerichtshof hat 2008 als Richtwert formuliert, dass es ab einer hinterzogenen Summe von 100.000 Euro schwierig wird, noch eine Geldstrafe zu verhängen. Und ab 1 Millionen Euro kommt man auch nicht mehr mit Bewährung davon. Andererseits muss man bedenken, dass das Ganze wie ein Ablasshandel im Mittelalter funktioniert: Die Strafbefreiung gibt es nur, wenn man die hinterzogenen Steuern zurückzahlt.

Für wie viel Jahre muss man rückwirkend zahlen?

Für zehn Jahre. Das kann teuer werden, es kommen noch sechs Prozent Zinsen pro Jahr der Hinterziehung hinzu. Das strafrechtliche Delikt ist aber - außer in besonders schweren Fällen - schon nach fünf Jahren verjährt. Deshalb sollte man sich nur für die Jahre selbst anzeigen, für die man die Strafbefreiung braucht.

Wenn die Bundesregierung die Daten jetzt kauft: muss man sich dann sehr beeilen?

Beeilen ja, aber nicht übereilen. Es bleibt genügend Zeit, sich gut beraten zu lassen. Dass eine Selbstanzeige mit dem Kauf der Daten nicht mehr möglich sei, ist nicht haltbar. Die Tat gilt erst als entdeckt, wenn das zuständige Finanzamt geprüft hat, ob die fraglichen Beträge auch wirklich nicht in die Steuererklärung des Verdächtigen eingegangen sind. Von den 1500 angeblichen Steuersündern müssen zunächst mal die Adressen und Veranlagungsfinanzämter ermittelt werden. Das kann einige Tage dauern.

Finanzhaie: BGH prüft Mitschuld von Online-Brokern bei Betrug



Der Bundesgerichtshof entscheidet in Kürze, ob Online-Brokerhäuser unseriösen Finanzvermittlern in Zukunft genauer auf die Finger schauen müssen. Der Fall einer Frau, die sich von ihrem Berater bewusst abgezockt fühlt, könnte zu einem Musterbeispiel werden.

Eine Anlegerin, die mit hochriskanten Geschäften an der New Yorker Terminbörse und überhöhten Gebühren von dem Vermittler um ihr Geld gebracht worden war, klagt in Karlsruhe gegen den US-Broker Pershing LLC. Dessen Online-Plattform hatte der in Deutschland ansässige Vermittler genutzt. Der Fall, der am Dienstag verhandelt wurde, ist nach Angaben des BGH der erste von mehreren gleichgelagerten Fällen, die ihm vorliegen. Das Urteil soll am 9. März verkündet werden. (Az.: XI ZR 93/09)

Auch wenn die Geschäfte vollautomatisch abgewickelt würden, müssten die Unternehmen ihre Vermittler etwa durch regelmäßige Stichproben besser überwachen, um Missbrauch zu erkennen, sagte der Anwalt der Klägerin. Für den Broker sei es ein Leichtes zu erkennen, dass der Anleger ausgenutzt wird. "Dass Pershing es nicht getan hat, lässt nur den Schluss zu, dass sie zumindest weggeschaut habe", sagte der Anwalt.

Die Frau hatte ihr Geld dem Vermittler anvertraut. Dieser wiederum hatte einen Vertrag mit Pershing, durch den er für seine Kunden Termingeschäfte über das Portal des Brokerhauses abwickeln durfte. Das ganze Geschäft wurde einschließlich der Abbuchung von Provisionen und der Kontoauszüge vollautomatisch über die Plattform abgewickelt. Der Vermittler verwaltete mehr als drei Jahre lang ein Transaktionskonto, das die Klägerin bei Pershing eingerichtet hatte. Von 6000 Euro waren am Ende noch ganze 205 Euro übrig. Die Anlegerin klagte auf Rückzahlung des restlichen Geldes.

Das Oberlandesgericht (OLG) Düsseldorf hatte befunden, dass der Vermittler die Klägerin vorsätzlich sittenwidrig geschädigt habe und der Frau Recht gegeben. Er habe von vornherein chancenlose Geschäfte betrieben und die Aufklärung unterlassen. Pershing gab das OLG eine Mitschuld. Das Haus habe gewusst, dass derartig hochspekulative Geschäfte zum Missbrauch reizen. Dabei sei es nicht genug, zu Beginn der Geschäftsbeziehung zu prüfen, ob die Börsenaufsicht gegen den Vermittler ermittle.

Abgeltungsteuer: Fiskus streicht Privileg für Discounter



Durch einen neuen Erlass geht der Vorteil von Discountzertifikaten gegenüber Aktienanleihen verloren. Verluste werden durch die Finanzämter nicht mehr akzeptiert.

Die Abgeltungsteuer beschert Zertifikaten und Aktienanleihen seit Neujahr 2009 gleichermaßen Abgaben, wenn es um Gewinne geht. In beiden Fällen wandern 25 Prozent an den Fiskus, selbst bei Anlegern mit Spitzenprogression.

Geht es hingegen um Verluste, konnte das Zertifikat deutlich gegenüber der Hochzinsanleihe punkten. Doch die Freude der Zertifikatebesitzer währte nur kurz. Denn das Bundesfinanzministerium (BMF) hat nun die günstige Regelung für Discountzertifikate unerwartet gestrichen und akzeptiert Verluste beim Umtausch des Derivats in die zugrunde liegenden Aktien nicht mehr. Das ergibt sich aus dem 105-seitigen Anwendungserlass zur Abgeltungsteuer, der kürzlich veröffentlicht wurde (Az. IV C 1 - S 2252/08/10004).

Grundsätzlich geändert hatten sich die steuerlichen Spielregeln für Aktienanleihen und Discountzertifikate seit 2009. Bis dahin profitierte noch der Besitzer des Zertifikates. Da während der Laufzeit keine Zinsen gezahlt werden, fielen auch keine steuerpflichtigen Kapitaleinnahmen an, und den Abschlag auf den Kurs der Aktie erhielt der Sparer nach Ablauf der Spekulationsfrist ohne Beteiligung des Fiskus brutto. Da zudem die erwarteten Dividenden während der Laufzeit bereits im Discount berücksichtigt werden, umfasste die Steuerfreiheit auch diesen Anteil an der Ausschüttung. Inhaber der Aktienanleihe hingegen versteuerten die zumeist üppigen Zinsen mit ihrer individuellen Progression.

Mit der Abgeltungsteuer endete dieses Privileg. Dennoch gab es keine Chancengleichheit, weil das Zertifikat im Verlustfall besser dastand. Gab es bei Fälligkeit die unter den Schwellenwert gefallen Aktien anstelle des Nennwerts, berücksichtigte die Depotbank dieses Minus, indem sie es automatisch mit Zinsen, Dividenden oder Gewinnen aus anderen Börsengeschäften verrechnete.

Bei der Aktienanleihe hingegen versteuert der Anleger sofort die hohen Zinsen, der Umtauschverlust zählt erst einmal nicht. Denn der ehemals höhere Anschaffungspreis für die Anleihe geht als fiktiver Kaufkurs auf die erhaltenen Aktien über. Werden die anschließend mit Verlust verkauft, kann dieses Minus nicht mit anderen Kapitaleinnahmen, sondern nur mit Gewinnen aus Aktien verrechnet werden. Hier kam es also zu einer Benachteiligung. Selbst wenn der Saldo aus Zinsen und Kursverlust negativ ausfällt, hält die Bank auf den Kupon Abgeltungsteuer ein. Beim Discounter wirkte sich das wirtschaftlich tatsächlich erzielte Minus als Verrechnungspotential mit anderen Kapitaleinnahmen aus.

Durch den neuen Erlass geht das nicht mehr. Liefert der Emittent bei Fälligkeit des Zertifikats die im Kurs gefallen Aktien, gelten jetzt die gleichen ungünstigen Regeln wie bei der Anleihe. Das BMF verpflichtet die Banken aber nicht, diese geänderte Praxis noch rückwirkend umzusetzen. Das bringt aber nur einen kleinen Aufschub. Für Geschäfte ab 2010 muss die neue Regelung zwingend angewendet werden.

Steuererklärung: Verlorener Heimvorteil für Anleger



Die Abgeltungsteuer erleichtert vielen Anlegern das Ausfüllen der Steuererklärung. Wer aber seine Wertpapiere im Ausland verwahrt, muss die Kapitalerträge weiterhin mühsam in den Formularen auflisten. Dabei gibt es so manche Fallstricke. Wir stellen die wichtigsten vor.

Anlegern bereitet die anstehende Steuererklärung für 2009 deutlich weniger Mühe als früher. Dank der Abgeltungsteuer müssen sie die Anlagen KAP, SO und AUS in der Regel nicht mehr ausfüllen, weil die Bank ihnen die gesamte fiskalische Arbeit bereits abgenommen hat. Anleger, die Konten und Depots im Ausland haben oder Anteile an ausländischen Fonds besitzen, bleiben jedoch nicht verschont. Sie müssen sogar Mehrarbeit und neue Nachweispflichten in Kauf nehmen.

Die wichtigsten Fallstricke

- ❑ Grundsatz
- ❑ Deklarationsumfang
- ❑ Verluste
- ❑ Auslandsfonds
- ❑ Depotwechsel
- ❑ Geschenke
- ❑ Falle Depotwechsel

Grundsatz

Die Abgeltungsteuer ist keine eigene Abgabenart, sondern führt nur zu einer Endbesteuerung zum besonderen Steuersatz von 25 Prozent bereits auf Ebene der Bank. Zinsen, Kursgewinne und Dividenden werden separat von den übrigen Einkommen erfasst und pauschal besteuert.

Das ist aber nur möglich, wenn die Kapitalerträge bei einem inländischen Depot eingehen. Kreditinstitute oder Fonds im Ausland ziehen die Steuer für den deutschen Fiskus nicht ein. Sparer müssen ihre Kapitalerträge daher wie bisher nachträglich in der Steuererklärung deklarieren. Festgeldzinsen werden in der Anlage KSO eingetragen, Quellensteuer auf Dividenden in der Anlage AUS.

- ❑ Grundsatz
- ❑ Deklarationsumfang
- ❑ Verluste
- ❑ Auslandsfonds
- ❑ Depotwechsel
- ❑ Geschenke
- ❑ Falle Depotwechsel

[Zurück zur Startseite](#)

Deklarationsumfang

Für Besitzer von Auslandskonten oder -fonds steigt die Arbeit in dem Maße, wie sie für Kunden heimischer Institute abnimmt. Während inländische Banken genau darauf achten, welche Wertpapiere mit und ohne Bestandsschutz abgestoßen wurden, ist dies dem Finanzamt bei Verkäufen über ein Auslandsdepot genau nachzuweisen.

Erst dann können die Beamten die Transaktionen herausfiltern, die noch der Abgeltungsteuer unterliegen. Durch die weggefallene Spekulationsfrist für nach 2008 erfolgte Wertpapiergeschäfte tauchen An- und -verkaufsdaten in größerem Umfang als zuvor in der alljährlichen Veranlagung auf. Die Sachbearbeiter werden sich Auslandserträge noch intensiver als früher anschauen und kritische Fragen zur Mittelherkunft stellen, da sie sich nicht mehr um die inländischen Kapitalerträge kümmern müssen. Anleger sollten ihre unversteuerten Einnahmen daher unbedingt angeben, beim Verschweigen ist die Schwelle zur Hinterziehung schnell überschritten.

- [Grundsatz](#)
- [Deklarationsumfang](#)
- [Verluste](#)
- [Auslandsfonds](#)
- [Depotwechsel](#)
- [Geschenke](#)
- [Fälle Depotwechsel](#)
- [Zurück zur Startseite](#)

Verluste

Komplizierter noch als die Angabe der Einnahmen ist die Verrechnung von Verlusten, die auf ausländischen Konten angefallen sind. Während Inlandsinstitute penibel zwei Verlustverrechnungstöpfe für Aktien und andere negative Kapitaleinnahmen führen und Gewinne automatisch mit den entsprechenden Miesen verrechnen, bleibt bei Auslandsdepot diese Arbeit beim Anleger hängen. Er muss seine Börsengeschäfte getrennt in der Steuererklärung aufschlüsseln, um ein verbleibendes Minus mit Zinsen oder Kursgewinnen im Inland ausgleichen zu können. Die Arbeit fällt jährlich an: Während Institute im Inland nicht ausgeglichene Verluste automatisch in das Folgejahr vortragen, bucht eine Bank in der Schweiz oder Luxemburg die Steuerverluste nicht um.

- [Grundsatz](#)
- [Deklarationsumfang](#)
- [Verluste](#)
- [Auslandsfonds](#)
- [Depotwechsel](#)
- [Geschenke](#)
- [Fälle Depotwechsel](#)
- [Zurück zur Startseite](#)

Auslandsfonds

Große Mehrarbeit bringen thesaurierende Fonds mit Sitz im Ausland, und zwar selbst dann, wenn die Anteile in einem heimischen Depot liegen. Sitzt die Fondsgesellschaft im Ausland, müssen

Anleger ihre jährlichen Kapitaleinnahmen stets selbst ermitteln, auch wenn sie der Fonds reinvestiert. Während Inlandsgesellschaften hierauf automatisch Abgeltungsteuer einbehalten, macht das die Auslandskonkurrenz nicht, sodass das Finanzamt die Pauschalabgabe nachträglich erhebt.

- ▣ Grundsatz
- ▣ Deklarationsumfang
- ▣ Verluste
- ▣ Auslandsfonds
- ▣ Depotwechsel
- ▣ Geschenke
- ▣ Falle Depotwechsel
- ▣ [Zurück zur Startseite](#)

Depotwechsel

Bei einer Übertragung teilen Inlandsbanken dem neuen Institut die Anschaffungsdaten der Wertpapiere und die noch nicht genutzten Verluste mit. Damit lassen sich Papiere, für die der Bestandsschutz noch gilt, und die Höhe künftiger steuerpflichtiger Gewinne leicht ermitteln. Bei Auslandsdepots hingegen muss der Kunde die Daten selbst vorhalten, wenn er das Vermögen nach Deutschland transferiert. Da die Inlandsbank - von Ausnahmefällen abgesehen - nichts von den historischen Daten weiß, erfasst sie beim späteren Verkauf pauschal 30 Prozent des Veräußerungspreises mit der Abgeltungsteuer. Ob der Verkauf überhaupt einen Gewinn eingebracht hat, spielt keine Rolle. Sparer können den unberechtigten Steuerabzug zwar später über das Finanzamt korrigieren lassen, dafür müssen sie aber die Anlagehistorie detailliert aufschlüsseln.

- ▣ Grundsatz
- ▣ Deklarationsumfang
- ▣ Verluste
- ▣ Auslandsfonds
- ▣ Depotwechsel
- ▣ Geschenke
- ▣ Falle Depotwechsel
- ▣ [Zurück zur Startseite](#)

Geschenke

Noch ungünstiger sieht es aus, wenn im Ausland verwahrte Wertpapiere in Deutschland verschenkt werden. In den Fällen berechnet die Inlandsbank den Steuerabzug mit 30 Prozent vom Börsenpreis zum Zeitpunkt der Übertragung. Der Anleger kann der Bank eine Schenkung anzeigen. Dann entfällt zwar die Abgeltungsteuer, doch der Vorgang ist dem Finanzamt zu melden. Dort kümmern sich gleich zwei Beamte um den Sachverhalt: einmal zur Ermittlung der Schenkungsteuer und zur Prüfung, ob die Auslandserträge zuvor brav versteuert wurden.

- ▣ Grundsatz
- ▣ Deklarationsumfang
- ▣ Verluste
- ▣ Auslandsfonds
- ▣ Depotwechsel

- ☒ Geschenke
- ☒ Falle Depotwechsel
- ☒ Zurück zur Startseite

Falle Depotwechsel

Verzwickelt

Ein Anleger überträgt sein Depot aus der Türkei nach Deutschland. Darin liegen Anleihen, die er für 10.500 Euro gekauft hat. Nach dem Wechsel verkauft er sie für 10.000 Euro. Die Bank nimmt 30 Prozent davon als Gewinn an und führt darauf die Steuer ab. Die kann der Anleger über seine Steuererklärung zurückfordern, doch dazu muss er dem Fiskus den Kaufpreis nachweisen.

Verkaufspreis	10 000 Euro
Steuerpflichtig (30 %)	3000 Euro
Steuer (25 %)	750 Euro
tatsächlicher Verlust	500 Euro
Nachsteuerverlust	1250 Euro

Quelle: eigene Berechnung

- ☒ Grundsatz
- ☒ Deklarationsumfang
- ☒ Verluste
- ☒ Auslandsfonds
- ☒ Depotwechsel
- ☒ Geschenke
- ☒ Falle Depotwechsel
- ☒ Zurück zur Startseite



Einigung ohne Richter: Rechtsschutzversicherer zahlen Schlichter



Nicht immer ist der Gang vors Gericht die beste Lösung für einen arbeitsrechtlichen Konflikt. Mediatoren können oft zwischen den streitenden Parteien vermitteln - und der Versicherer bezahlt.

Die Mitarbeiterin schäumt: Vor ihrer Babypause hatte sie immer frei arbeiten können, jetzt kontrolliert die Chefin sie auf Schritt und Tritt. Die Frau fühlt sich diskriminiert und will klagen. Doch ihr Rechtsschutzversicherer DAS empfiehlt ihr, auf den Gang vors Gericht zu verzichten - und schlägt eine Mediation vor.

Bei dieser außergerichtlichen Streitschlichtung setzen sich die Parteien an einen Tisch und versuchen, unter Anleitung eines ausgebildeten Streitschlichters eine Lösung für ihre Probleme zu finden. Im konkreten Fall mit Erfolg: Chefin und Mitarbeiterin willigen ein. Im Gespräch stellt sich heraus, dass die Chefin der Mitarbeiterin nach wie vor vertraute. Die Vorgesetzte hatte sie nur unterstützen wollen, damit sie nach der Auszeit wieder in den Arbeitsalltag hineinfindet. "Wie bei so vielen Streitigkeiten gab es hier nur ein Kommunikationsproblem", sagt Christine Lewetz, Leiterin des Leistungsmanagements bei DAS.

Zwei von drei Mediation erfolgreich

Etliche Rechtsschutzversicherer übernehmen für ihre Kunden die Kosten einer Mediation. DAS finanziert seit 2007 die außergerichtliche Streitschlichtung. "Viele Kunden waren mit den Ergebnissen ihrer Prozesse nicht zufrieden", sagt Lewetz. Auch wenn sie die Klage gewonnen hatten, führte das nicht zum ersehnten Frieden mit dem Gegner. "Wir wollten unseren Kunden daher eine andere Möglichkeit als die der Gerichtsentscheidung bieten", sagt sie.

Mehrere Tausend Mal haben DAS-Kunden schon eine Mediation in Anspruch genommen. Zwei von drei Fällen konnten dadurch beigelegt werden. Besonders erfolgreich war die Mediation bei Mietrechtsfällen, Nachbarschaftsstreitigkeiten und arbeitsrechtlichen Auseinandersetzungen.

"Die mit Mediation erarbeiteten Lösungen halten meist dauerhaft", sagt Lewetz. Vor allem beim Nachbarschaftsstreit seien sie Gerichtsurteilen überlegen. Denn diese Auseinandersetzungen eskalieren schnell: Erst stört das Klavier spielende Nachbarskind, dann herüberwehendes Laub, schließlich der Fußball, der im falschen Garten gelandet ist. Ein Gerichtsurteil stellt die Parteien meist nur kurzfristig zufrieden, der Streit entbrennt rasch von Neuem. "Lösungen im Rahmen der Mediation erarbeiten die Parteien selbst", sagt Lewetz. "Sie fangen wieder an, miteinander zu reden und sich zu vertrauen. Blockadehaltungen werden gelöst."

Das nützt auch dem Versicherer: Er muss keine kostspieligen Folgeprozesse finanzieren. Mediation biete sich aber nicht in jedem Fall an, sagt Lewetz. "Wenn jemand eine rechtliche Entscheidung anstrebt und etwa einen Präzedenzfall schaffen will, ist diese Form der Konfliktlösung nicht geeignet."

Auch der Rechtsschutzversicherer Roland will mit Mediation bei den Versicherten punkten. "Die Kunden können sie auch in sonst nicht versicherten Rechtsgebieten in Anspruch nehmen", sagt der Vorstandsvorsitzende Gerhard Horrion. Dazu zählen etwa Scheidungs- und Erbstreitigkeiten. Ein komplexer Scheidungsprozess, in dem es um das Sorgerecht für die Kinder und das Auseinanderdividieren der gemeinsamen Besitztümer wie Haus und Altersvorsorgeverträge gehe, könne sich gut bis zu sieben Jahre hinziehen und bis zu 30.000 Euro kosten. "Das ist eine emotionale und finanzielle Tortur", sagt Horrion. Mithilfe der Mediation lassen sich Scheidungsstreitigkeiten in weniger als einem Jahr lösen. Kostenpunkt: 4000 Euro für den Mediator.

Als Streitschlichter kommen Juristen mit einer psychologischen Zusatzausbildung infrage sowie Psychologen oder Pädagogen mit einer juristischen Fortbildung. Die zwölf Mediatoren von DAS sind Juristen. Gemeinsam mit einem Netzwerk aus externen Streitschlichtern betreuen sie die Kunden.

Die Mediatoren von Roland beraten dagegen die Kunden nicht selbst, sondern beurteilen ausschließlich die Qualität externer Streitschlichter. "Mediatoren aus dem eigenen Haus werden von der Gegenseite als zu parteiisch empfunden", sagt Horrion. Er lehnt Juristen als Mediatoren ab: Sie lernten nur zu streiten, nicht zu versöhnen.

"In einigen Bereichen wie dem Arbeitsrecht ist die Mediation sicherlich sinnvoller als eine Klage", sagt Thorsten Rudnik vom Bund der Versicherten. Wenn es mit der Einigung nicht klappt, könnten die Streithähne immer noch vor Gericht ziehen. Doch längst nicht alle Rechtsschutzversicherer haben Mediation im Programm. "Gerade mal die Hälfte der Gesellschaften in Deutschland bieten diese Art der Konfliktlösung an", kritisiert er.



Urteilsticker: Ihr gutes Recht



Informieren Sie sich über die neuesten Urteile und Verbrauchertipps.

Überweisungsfehler. Wer wegen eines Zahlendrehers aus Versehen Geld an einen Unbekannten überweist, hat mehrere Möglichkeiten, den Fehler zu korrigieren, teilt die Direktbank ING-Diba mit. Bemerkt man den Lapsus kurz nach dem Abschicken des Auftrags, lohnt es sich, die eigene Bank zu kontaktieren. Ist die Überweisung noch nicht ausgeführt, können viele Kreditinstitute den Vorgang noch stoppen. Fällt der Fehler erst später auf, sollte man sich an die Bank des Empfängers wenden. Die darf zwar den Namen des Kunden nicht preisgeben, der das Geld irrtümlicherweise bekommen hat. Sie kann aber beispielsweise einen Brief an diesen Kunden weiterleiten - mit der Aufforderung, das Geld zurückzuüberweisen. Reagiert der Empfänger nicht, bleibt dem Absender nur der Gang zum Rechtsanwalt, um sein Geld wiederzuerlangen.

Zinsvergleich. Für Festgeld-Anlagen mit drei Jahren Laufzeit bekommen Sparer momentan maximal 3,5 Prozent Zinsen pro Jahr. Das ist das Ergebnis eines Vergleichs der Stiftung Warentest, die die Angebote von 78 Banken untersucht hat. Selbst wer längere Laufzeiten als drei Jahre in Kauf nimmt, profitiert kaum von höheren Konditionen, haben die Warentester herausgefunden. Wollen Anleger dagegen jederzeit flexibel auf ihr Geld zugreifen können, müssen sie deutlich niedrigere Zinsen hinnehmen. Bei manchen Anbietern ist der Zins so gering, dass er nicht einmal die momentan sehr niedrige Inflation ausgleicht, warnen die Verbraucherschützer. So erhalten beispielsweise Kunden, die sich für das "Plus Sparen fest" der Hypo-Vereinsbank entscheiden, bei einer festen Laufzeit von einem Jahr nur einen mageren Zins von 0,4 Prozent, so die Warentester.

Enteuerung. Kratzen Autofahrer vereiste Scheiben frei, während der Motor des Wagens bereits läuft, kann sie das teuer zu stehen kommen. Denn diese Praxis ist nicht nur gesetzlich verboten und kann mit einem Bußgeld geahndet werden, teilt die Versicherung R+V mit. Außerdem werde der Motor im Leerlauf deutlich langsamer warm als während der Fahrt und deshalb nicht ausreichend mit Öl versorgt, was zu Motorschäden und teuren Reparaturen führen kann. Autofahrer sollten besser die Windschutzscheibe mit einer Plane verdecken, die das Vereisen verhindert. Alternativ können sie

eine Standheizung in den Wagen einbauen lassen, die die Scheiben rechtzeitig vor Antritt einer Fahrt vom Eis befreit.

Kreditübernahme. Soll eine Immobilie verkauft werden, die mit einem laufenden Darlehen belastet ist, kann es für den Verkäufer und den Käufer finanziell vorteilhaft sein, wenn der Erwerber den Kredit übernimmt. Ist der Neubesitzer ähnlich kreditwürdig wie der Verkäufer, muss die Bank den Kredit auf ihn umschreiben. In diesem Fall spart der Immobilien-Verkäufer eine Vorfälligkeitsentschädigung, die Kreditinstitute verlangen, wenn ein Kunde ein Darlehen vor Ablauf der Zinsfestschreibungszeit kündigt. Die Ersparnis können sich beide Seiten teilen. Darauf weist der Deutsche Kreditnehmer Verein hin. Hintergrund ist ein aktuelles Urteil des Landgerichts München (Az.: 16 HK O 22.814/05). Die Richter hatten eine Bank dazu verurteilt, einen Hauskäufer als Ersatzkreditnehmer zu akzeptieren, der die gleiche Bonität vorweisen konnte wie der Verkäufer.

IT-Modernisierung: Wie die Citibank eine Herkulesaufgabe angeht



Wenn Banken ihre IT modernisieren, ist das ebenso komplex wie heikel. Geht es schief, funktionieren EC-Karten nicht mehr, oder Geld wird falsch gebucht. Wie die Citibank Fehler verhindern will - ein Laborbesuch.

Das "Command Center" sieht tatsächlich ein wenig aus wie die Kommandobrücke in einem Raumschiff. Drei Mitarbeiterinnen sitzen vor gut zwei Dutzend neben- und übereinander bunt flimmernden Bildschirmen. Dort können sie unter anderem genau verfolgen, wie lange das Telefonat eines jeden Mitarbeiters dauert. "Wenn das ungewöhnlich lange ist, dann schicken wir mal jemanden vorbei, um zu schauen, ob der Mitarbeiter Hilfe braucht", sagt Manuel Loos.

Er ist Geschäftsführer des Dienstleistungszentrums der Citibank in Duisburg. Hier arbeiten 2000 Menschen - sie beraten am Telefon, vereinbaren Termine, nehmen Beschwerden entgegen und überprüfen Kreditverträge auf ihre Richtigkeit. Ihr Zeitmanagement wird von den Damen im Command Center überwacht. Und das ließ im vergangenen Sommer plötzlich zu wünschen übrig. "Im Schnitt waren alle 15 Prozent langsamer", erinnert sich Loos. Überraschend war das nicht. Denn seinerzeit führte die Citibank ein neues Kernbanksystem ein. Daran mussten sich auch die Mitarbeiter gewöhnen - obwohl sie zusammengerechnet 7500 Tage geschult worden waren.

Ein Kernbanksystem ist die IT-Basis einer Bank. Tritt dort ein Fehler auf, kann das der Reputation schaden - mehr noch als in anderen Branchen. Denn welcher Kunde hat es schon gern, wenn seine EC-Karte nicht funktioniert, sein Konto nicht mehr auffindbar ist oder es zu Fehlbuchungen kommt?

Derzeit ist die Gefahr für die Reputation der ohnehin mit ihrem krisenbedingt miesen Ruf kämpfenden Finanzbranche mal wieder hoch in Deutschland. Denn viele Banken arbeiten auf alten IT-Systemen, an die immer neue Elemente angedockt werden. "Auch unser altes System setzte Patina an. Wir wollten daher etwas komplett Neues", sagt Peter Blatter, IT-Vorstand der Citibank. Genau wie die Deutsche Bank: Sie will in Kooperation mit SAP ein ganz neues Kernbanksystem einführen.

Auch für andere Institute ist die Modernisierung der IT momentan ein großes Thema. So arbeiten bei der Commerzbank mehr als 1200 Mitarbeiter daran, die IT der neuen Tochter Dresdner auf die der Mutter zu übertragen. Eigentlich sollte die Migration im Oktober abgeschlossen sein - doch wegen der Komplexität ist damit jetzt erst Anfang 2011 zu rechnen. Und die HypoVereinsbank schuftet seit vier Jahren mit Hunderten von Mitarbeitern daran, ihre IT auf die der italienischen Mutter Unicredit abzustimmen. Immer neue Probleme tauchen auf - die Einführung des Systems wird immer wieder vertagt.

IT-Migration, vor allem aber Entwicklung und Einführung neuer Systeme sind Kraftakte für jede Bank. Drei Jahre lang arbeiteten bei der Citibank bis zu 800 Mitarbeiter am neuen Kernbanksystem. Zunächst musste das System EBS entwickelt werden, dann wurde monatelang getestet. Die 3,4

Millionen Kundendaten der Citibank wurden für Massentests komplett in ein Testprogramm gespiegelt. Für jeden Vorgang gibt es ein Testskript - beispielsweise eines dafür, eine Überweisung loszuschicken, ein anderes, um zu prüfen, ob sie auch am Zielort angekommen ist und wie schnell.

Gut 55.000 dieser Skripte musste die Citibank im neuen System testen, im Schnitt je siebenmal. Geprobt wurde nicht nur in Deutschland, sondern auch in Indien - wegen der Expertise und der niedrigeren Kosten. Hindernisse gab es dennoch: Im Frühjahr 2009 wurde die südindische Stadt Chennai, in der das Citibank-Team saß, an einem Testwochenende überflutet. Die Mitarbeiter trieben ein Boot auf und testeten aus dem teils unter Wasser stehenden Büro.

Die Citibank holte sogar Mitarbeiter aus der Rente zurück, um Kundendaten auf dem alten System schneller entschlüsseln zu können. 360 Notfallpläne stellten die Experten für jede denkbare Fehlfunktion bei der Umstellung auf. Was beispielsweise sollten die Mitarbeiter tun, wenn plötzlich Überweisungen fehlgeleitet würden? Am Ende wurde keiner der Pläne gebraucht, stattdessen wurde die Bank von etwas heimgesucht, mit dem sie nicht gerechnet hatte: der Schweinegrippe. Ein IT-Mitarbeiter hatte sie aus Asien eingeschleppt, 35 seiner Kollegen inklusive Geschäftsführer Loos mussten nach Hause geschickt werden - kurz vor dem ersten "Migrationswochenende".

Ursprünglich hatte die Citibank geplant, alle Kundendaten an einem einzigen Wochenende auf das neue System zu übertragen. Doch das war zu riskant. "Da muss nur eine Mücke auf einem Server sitzen, und nichts funktioniert mehr - für keinen einzigen Kunden", sagt Vorstand Blatter. Daher wurde die Übertragung auf vier Wochenenden gestreckt - am ersten mussten die Citibank-Mitarbeiter als Versuchskaninchen herhalten.

Die Übertragung wurde zum Erfolg, außer für drei Kunden: "Denen haben wir die Girokonten zerschossen. Die waren einfach weg. Aber wir haben das über Nacht repariert, und alles war gut", versichert Loos.

Insgesamt hat das neue System laut Blatter einen dreistelligen Millionenbetrag gekostet. Damit aber nicht genug: Einen weiteren mehrstelligen Millionenbetrag muss die Bank aufwenden, um bis Ende 2010 auf IT-Systeme der französischen Crédit Mutuel zu migrieren. Die Genossenschaftsbank hatte die Citibank im Juli 2008 von der amerikanischen Citigroup übernommen.

Nun muss das System der Citibank mit dem von Crédit Mutuel verbunden werden. Etwa 500 Leute in Deutschland und Frankreich sind damit beschäftigt, mehr als 250 Systeme werden übertragen und angedockt. So übernimmt die Citibank - die ab dem 22. Februar Targobank heißt - das Internetbanking von Crédit Mutuel. Das Schwierigste bei Fusionen sei zwar, die Firmenkulturen zusammenzubringen, sagt Citibank-Vorstand Blatter. "Aber damit überhaupt eine gemeinsame Basis entstehen kann, muss erst einmal die Systemwelt harmonisiert werden."

Im Command Center ist man zuversichtlich, dass das klappt. "Wir nähern uns den alten Zeiten", sagt Loos. "In zwei bis drei Monaten wird alles wieder laufen wie früher." Doch auch er weiß: Der nächste IT-Neustart kommt, irgendwann.

.....

Buchverlosung: Kompass für den Web-Dschungel



Das Webadressbuch für Deutschland verspricht ein Ende der endlosen Sucherei im Internet. Das Nachschlagewerk bietet einen Überblick über 6000 nützliche Internetseiten aus vielen Bereichen des täglichen Lebens.

Der Mensch hat es gerne geordnet. Denn sobald etwas nach einem bestimmten Schema geordnet ist, wird es überschaubar. Dementsprechend versucht der Mensch, alles überschaubar zu machen, auch das Wissen. Im Zeitalter der Aufklärung hießen diese Wissenssammler Enzyklopädisten und der Name Brockhaus ist nicht nur Bildungsbürgern ein Begriff. Im Zeitalter des Internets setzt Wikipedia die Tradition der großen Lexika fort. Doch diese Seite ist auch nur eine von vielen und auch als inzwischen umfangreichstes Lexikon der Menschheit kann sie der Informationsflut nur bedingt Herr werden.

Die Autoren des Webadressbuchs versuchen seit 13 Auflagen die Informationen auf dem traditionellen Medium Papier zu bündeln. Die 6000 wichtigsten deutschen Internetadressen stellt die Redaktion auf rund 730 Seiten vor. Das ist zwar nur ein winziger Bruchteil dessen, was allein das deutsche Webuniversum ausmacht. Dennoch ist der Ansatz sinnvoll für alle, die sich langes Suchen ersparen wollen. Sie bekommen hier Webseiten zu etwa 30 übergeordneten Themenbereichen wie etwa Geld und Finanzen aufbereitet. Langwieriges Suchen in ellenlangen Google-Trefferlisten gibt es im Buch naturgemäß nicht. Ein zweiter Vorteil: Das Adressbuch erlaubt das zufällige Finden von Seiten, die man womöglich nie gefunden hätte.

Internetsuchmaschinen wie Google liegen in Sachen Schnelligkeit eindeutig vorne, sofern man das, was man sucht, eng eingrenzen kann. Wer jedoch einen konkreten Einstieg erst suchen muss, hat gute Chancen im Webadressbuch fündig zu werden. Überflüssig werden Suchmaschinen mit dem Webadressbuch keineswegs, aber die unendlichen Weiten des Internets werden ein wenig überschaubarer.

Verlosung

Capital Investor verlost zehn dieser Bücher. Wer gewinnen möchte, sollte bis *11. Februar* das Teilnahmeformular ausfüllen.

Anrede	<input type="text" value="..."/>
Nachname	<input type="text"/>
Vorname	<input type="text"/>
Straße	<input type="text"/>
PLZ, Ort	<input type="text"/>
Telefon	<input type="text"/>
Fax	<input type="text"/>
E-Mail	<input type="text"/>